Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 515

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 1.56, vierteljährlich Mk. 22.86 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Geschäftsstunden von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Mittwoch-Ausgabe

Mittwoch, 17. November

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Laban nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Kabinettskrise in Griechenland

Rücktritt der griechischen Regierung

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.".)

w. Athen, 16. November.

Die Regierung hat demissioniert. Der Regent hat Gallys zu sich berufen.

Die letzten Wahlergebnisse verzeichnen als gewählt die Venizelisten und 250 Anhänger der Königspartei. Die Niederlage von Venizelos ist vollständig. Venizelos, sowie alle seine Minister, mit Ausnahme von zwei, sind durchgefallen. Weder in Mazedonien, noch in Alt-Griechenland, mit Ausnahme des Epirus, wurde ein Venizelist gewählt.

Hallis, dem die Bildung des Kabinetts angeboten wurde, hat abgelehnt. Wahrscheinlich wird Gunaris das Kabinet bilden.

Amerikas Kriegszustand

w. London, 16. November.

„Times" melden aus Washington, daß die erste Tat des Kongresses, den Harding nach der Uebernahme der Präsidentschaft einberufen wird, die Annahme einer Resolution sein wird, in der der Kriegszustand für beendet erklärt wird.

Gegen erweiterte Provinzialautonomie

Eine Denkschrift

× Berlin, 16. November.

Unter dem gestrigen Tage ist der preußischen Landesversammlung eine eingehende Stellungnahme der preußischen Oberpräsidenten und Landeshauptleute über die Frage der Erweiterung der provinziellen Selbstverwaltung gemäß Artikel 58 des Verfassungsentwurfs zugegangen. Die Denkschrift ist unterzeichnet von den Oberpräsidenten Dr. Mater für Brandenburg, Lippmann für Pommern, Noske für Hannover, Würmeling für Westfalen, und von den Landeshauptleuten Dr. von Renvers (Rheinprovinz), von der Wense (Hannover), von Winterfeldt (Brandenburg), von Thaer (Schlesien) und Diedmann (Westfalen).

Die Denkschrift weist zunächst auf die zwei Gründe hin, die von den Freunden der erweiterten Autonomie der preußischen Provinzen geltend gemacht werden:

1. Die Absicht, nicht nur einer durch die Reichsverfassung gegebenen Möglichkeit der Verselbständigung und Loslösung vom preußischen Staate entgegenzutreten, sondern auch weitergehende Loslösungsbestrebungen, insbesondere den Versuch der Schaffung selbständiger, vom Reich losgelöster staatlicher Gebilde hintanzuhalten.
2. Die Absicht, die preußischen Provinzen so zu gestalten, daß sie möglichst unabhängig von jedem staatlichen Wande jederzeit ihre Aufgaben als Reichsprovinzen übernehmen können, um damit die Zwischeninstanz des Staates überflüssig zu machen.

Dazu heißt es nun: Die Absicht zu verhindern, daß eine Loslösung von Teilen des Preußischen Staates nicht nur vom Staat selbst, sondern auch vom Reich stattfindet, ist so bedeutungsvoll, daß gewiß versucht werden müßte, sie zu verwirklichen. Das Mittel der Erweiterung der Selbstverwaltung der Provinzen ist indes hierzu völlig ungeeignet. Solche Loslösungsbestrebungen können nur auf Motiven beruhen, denen mit der Uebertragung regimineller, insbesondere polizeilicher und kommunaler Aufsichtsbefugnisse an Auftragswege auf die Provinzen nicht begegnet werden kann. Sie beruhen auf einem bereits innerlich vollzogenen Verfall des gemeinschaftlichen geistigen, sittlichen und nationalen Bandes und auf der Tatsache, daß die Anhänger der Loslösung, sei es ihren materiellen Vorteil oder doch den des loszulösenden Gebietsteils in der Loslösung und der damit verbundenen Befreiung von den Reichs- und Staatsverpflichtungen sehen. Dagegen ist die Erweiterung der Selbstständigkeit der Provinzen sehr wohl geeignet, Bestrebungen auf völlige Loslösung vom Reich dort zu fördern, wo der Boden dafür bereitet ist. Die Bestrebungen einer völligen Loslösung vom Reich werden nur gedeihen können unter gleichzeitiger Anhäufung dieser Gebietsteile an eine andere europäische Macht, die an einer solchen Loslösung interessiert ist. Liegt aber die Stelle wirtschaftlicher und regimineller Macht in einer Hand, kann ist eine Angliederung einer Provinz wesentlich erleichtert. Es ist dann eine Stelle vorhanden, die bezüglich solcher Loslösung gegenüber einer interessierten Macht voll konkurrenzfähig ist.

Eine Loslösung von preußischen Gebietsteilen auf dem durch die Reichsverfassung gegebenen Wege kann ebensowenig durch die weitergehende Erweiterung der Zuständigkeit der provinziellen Selbstverwaltung verhindert werden. Die Uebertragung regimineller Zuständigkeiten des Staates durch Auftrag an die Provinzen wird gegen dieses Auftragsverhältnis niemals als Erfolg der eigenen, den Ländern des Reichs zustehenden Staatshoheit empfunden werden. Das Auftragsverhältnis wird vielmehr entweder durch Verzicht auf Durchsetzung des zentralen Willens die staatliche Zentralgewalt lahmlegen und von den politisch durchaus verschieden orientierten provinziellen Organen in Abhängigkeit bringen oder aber bei Durchsetzung des zentralen Willens viel stärker als bisher eine Gleichgerichtetheit in der Provinzen zeitigen. Daher ernstliche Konflikt in den Auffassungen einer auf Durchsetzung des Willens bedachten Zentralgewalt und des durch die provinziellen Körperschaften geäußerten Leitens des kommunalen Verbandes verschärft die Lage und kann sehr wohl zur Loslösung der Provinzen auf dem verfassungsmäßigen Wege führen. Auch die verfassungsmäßige Abtrennung wird durch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten in der kommunalen Provinzialverwaltung wesentlich erleichtert. Ein Verzicht auf die Durchsetzung des Zentralwillens gegenüber den Provinzen schafft Unsicherheiten und damit Unordnung in dem Staatsgebiet und führt allmählich zu einer Auflösung nicht nur des Staates, sondern auch der Reichseinheit. Er fördert den partikularistischen Geist, der bisher stets Deutschlands Unheil war. Daß die Ausweitung der Zuständigkeiten der provinziellen Kommunalverbände die Aufgabe, die Einheit des Preußischen Staates zu erhalten, nicht zu lösen vermag, beweist am besten die Hoffnung derjenigen, die in dieser Autonomisierung der Provinzen ihre Vorbereitung für die Stellung als Reichsprovinzen sehen.

Die Annahme, daß in den Provinzen die Neigung vorherrscht, den Weg der verfassungsmäßigen Loslösung von Preußen zu gehen, ist nach der übereinstimmenden Ueberzeugung der Oberpräsidenten und Landeshauptleute für die ihnen bekannten Provinzen unbegründet.

Darauf kommt die Denkschrift auf die finanzielle und wirtschaftliche Seite der Autonomiebestrebungen und ihre Fehler zu sprechen, und kommt dann zu dem Schluß:

Die Absicht, durch die Erweiterung der Zuständigkeit der Selbstverwaltung der Provinzen diese für ihre künftige Stellung als Reichsprovinz vorzubereiten, dürfte wohl kaum Aufgabe der preußischen Verfassung sein. Aber selbst wenn der preußische Staat den Gedanken der Selbstentsagung in dieser Form verfassungsmäßig verankern will, dann ist der gewählte Weg für das angestrebte Ziel der Unifizierung des Reiches ein durchaus ungeeigneter und schädlicher. Das Reich muß, wenn es als unitarischer Körper die Gesamtverwaltung seines Gebietes in die Hand nehmen will, genau so wie der Staat darauf Wert legen, daß die Zentralgewalt des Reiches imstande ist, sich gegenüber den einzelnen Ländern als solche durchzusetzen. Eine schon im preußischen Staat geplante Selbständigkeit der Provinzen würde sie nicht nur der einheitlichen Führung entziehen, sondern den Widerstand gegen dieselbe geradezu ausbilden. Das unitarische Reich würde täglich ein Konglomerat verschieden orientierter Länder vorfinden, die in Wahrheit im Verhältnis zum Reich nicht wesentlich anders stünden, wie die einzelnen Gebiete in dem selig entschlafenen „römischen Reich deutscher Nation". Das Reich wäre kein Einheitsstaat, sondern in seinem Aufbau und seinen Grundlagen viel schwächer wie der alte Bundesstaat. Belastungsproben ernsterer Art zu bestehen ist ein so gestaltetes Reich außerstande.

Die Auflösung Preußens in einzelne, den Ländern gleiche selbständige Provinzen führt daher niemals zur restlosen Erlangung der absoluten Reichseinheit, sondern bleibt nur ein Vernichtungswert Preußen gegenüber in seiner zerstörenden Nachwirkung für das Reich selbst. Der Verlust von Elsaß-Lothringen bringt für die südlich des Mains gelegenen deutschen Gebiete für den Fall von Verwicklungen so ernstliche Nachteile, daß gegenüber dieser Tatsache die straffste Einheit der nördlich des Mains gelegenen Gebiete eine gebieterische Pflicht ist.

In letzter Stunde erheben die Oberpräsidenten und Landeshauptleute besorgt um das Wohl des Staates und des Reichs ihre warnende Stimme gegen eine Autonomisierung der Provinzen.

Oberschlesiens Autonomie

w. Berlin, 16. November.

Der Reichsrat nahm in einer öffentlichen Sitzung am Dienstag abend, die unter dem Vorsitz des Ministers Koch stattfand, den Gesetzentwurf betreffend die Autonomie Oberschlesiens einstimmig in der von dem Ausschuß beschlossenen Fassung, die gegenüber der Regierungsvorlage nur redaktionelle Aenderungen enthält, an.

Der Gesetzentwurf betreffend Bildung eines Landes Oberschlesien bestimmt, daß innerhalb zweier Monate nach Uebernahme der Verwaltung durch die deutschen Behörden eine Volksabstimmung darüber stattfinden soll, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Dieses ist im Falle der Bejahung unverzüglich zu bilden. Zunächst ist eine oberschlesische Landesversammlung zu bilden.

Die polnischen Truppenzusammenziehungen

W. Berlin, 16. November.

Nach an hiesiger amtlicher Stelle vorliegenden Nachrichten bestätigt sich die Zusammenziehung polnischer Truppen an der oberschlesischen Grenze. Die Regierung hat die Botschafter in London, Paris und Rom angewiesen, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf diese Tatsache zu lenken, und um eine Nachprüfung der Angaben zu bitten.

h. Kattowitz, 16. November.

Eine hiesige Zeitung läßt sich aus Warschau berichten, daß die polnische Regierung in der nächsten Sitzung des Landtages eine amtliche Erklärung abgeben werde, die in energischer Weise die polnischen Rechte auf Oberschlesien zum Ausdruck bringen soll. In dieser Erklärung wird auch entschiedener Protest gegen die deutschen Machenschaften eingelegt werden, vor allem gegen die Massentransporte von Waffen und gegen geheime militärische Organisationen zwecks Herbeiführung eines Krieges in Oberschlesien.

Die Einwohnerwehr — die Ruhrgebiet

(Von unserem Münchener Vertreter.)

Bayern steht gegenwärtig im Mittelpunkt europäischen Interesses. Seine Haltung kann schicksalsentscheidend für Deutschland werden. Und diese Entscheidung über das deutsche Schicksal rückt näher und näher. Die Folgen der Konferenz von Spa beginnen ihre Wirkungen zu tun. Wirkungen, die sich in dem Dilemma zuspitzen: die Einwohnerwehr — die Ruhrgebiet. Der Diktator von Deutschland, General Nollet, hat bereits kommandiert: „Löst sie auf!" Der General kommandierte, nachdem die Diplomatie Fiasko erlitten. Die französische, diesesmal. Wenn gekrümmte Schläue nichts hilft, muß das Machtwort sprechen. Und die Schläue half diesmal wirklich nichts, die Schläue des Herrn Dard, des Spezialgesandten, den die französische Regierung Bayern aufoktroyiert hatte. Herr Dard kam nach München, zu sehen und zu siegen. Aber was er sah, bedeutete für ihn keinen Sieg. Er hatte Bayern zu erobern gehofft, mit faunisch-welscher Amabilität. Herr Dard hatte noch in historischen Erinnerungen geschwelgt, hatte noch in Träumen gelebt, die vor hundert Jahren einmal Wirklichkeit waren. Er hatte die Bayern von heute noch für Parteigänger — Napoleons I. gehalten. Hatte geglaubt, sie würden ihn als Napoleoniden bejubeln. In Pariser Gehirnen hat sich von jeher die Welt anders gemalt als sie ist. Vielleicht hatten ihn auch Gerüchte in seiner Meinung bestärkt, Gerüchte von bayerischen Trennungsgelüsten, von denen man in Paris mancherlei hörte, weil man es gerne hörte. Gerüchte, die sich schließlich nur als diplomatische Latrinengespräche erwiesen. Der Napoleonide hielt also seinen Einzug in München, am Bahnhof nur von einigen Gepäckträgern begrüßt. Wohin er sah, nirgends entdeckte er Bayerns französisches Herz. Herr Kahr, der Ministerpräsident, empfing ihn höflich, man tauschte Liebenswürdigkeiten aus, aber keine Geheimverträge. Und statt von heimlicher Allianz sprach man von schönem Sommerwetter. Herrn Dards Mission war das eigentlich nicht, ein Gespräch um das Wetter, nicht einmal über das schönste. Die Prognose für seine Sendung war also nicht günstig, auch wenn das Wetter schön bleiben sollte. Herr Dard mußte sich daher aufs Spazierengehen verlegen, wenn er nun einmal etwas profitieren wollte. Auch der schönste Sommer kann mißvergnügt stimmen, wenn er nichts als schönes Wetter bringt.

In Trouville oder Biarritz hätte Herr Dard schließlich denselben Genuß gehabt. Der Napoleonide hatte es sich leichter gedacht, als es Napoleon selbst gehabt hat. Mit Schläue hatte auch der sich Bayerns Herz nicht erobert, sondern mit etwas brutaleren Mitteln. Aber Brutalität — quelle horreur! — das ist doch nur eine pangermanische Eigenart, und folglich den zarten Franzosen zuwider. Herr Dard reiste also, nachdem er gesehen, doch nicht gesiegt hatte, wieder nach Paris, und in München erzählte man sich, er käme nicht wieder, weil er seine Mission, oder, was gleichbedeutend ist, seine Kommunale erfüllt hätte. Das mußte die „Agence Havas" dementieren. Herr Dard wird also bald wieder zurückkehren und auch im Winter bei uns spazieren gehen. Wir raten ihm, warme Kleidung aus Paris mitzubringen, im Winter erkältet man sich bei uns noch viel leichter als im Sommer. In Paris hat Herr Dard natürlich von den Eindrücken erzählt, die er auf seinen Münchener Spaziergängen gewonnen. So wie irgendeine Allianz mit der grande nation sahen sie nicht aus. Das hat die Granden der grande nation empört. Noch einige Zeit vorher hatte die Pariser Presse den Ministerpräsidenten Kahr in liebenswürdigster Weise für einen Tag im Bilde verewigt, nun schrieb sie, die Bayern wären auch nicht anders als die Preußen, an ihnen wäre Hopfen, Malz und selbst Diplomatie verloren. Herr Dard hatte also außer vielleicht einem bayerischen Bierrettich nicht viel Erfreuliches nach Paris mitgebracht. Das mußte das liebebedürftige Herz der Franzosen betrüben und ihre bekannte Ritterlichkeit aufflammen lassen. Sie flammte sofort blitzartig auf im Kommando des Generals Nollet: „Löst sie auf, die Einwohnerwehren!"

Daraus ergibt sich von selbst, daß Bayern von seiten der Entente auf eine Sonderbehandlung in der Einwohnerwehr-Frage nicht mehr rechnen kann. Und selbst, wenn die Entente, was aber kaum anzunehmen ist, in dieser Angelegenheit nicht mehr vereint marschieren würde, Frankreich wird sich sein Privileg aufs Ruhrgebiet zu sichern wissen. Das bleibt ihm ja immer noch eine wertvolle Entschädigung für den bayerischen Mißerfolg. Kohlengruben können die verlorene bayerische Liebe reichlich ersetzen und darüber hinaus verschaffen sich die Franzosen auf diese Weise die angenehme Genugtuung, doch noch einen Riß ins Deutsche Reich zu bringen. So bringen schließlich noch die Ruhrkohlen zustande, was Herr Dard mit seinen Spaziergängen nicht vermocht hatte. Auf diesem Umwege hofft man, noch ans gleiche Ziel zu kommen. Deshalb wird Herr Dard trotz des drohenden Wintes wieder nach München kommen. In der stillen Hoffnung, daß er späterhin doch noch einmal etwas anderes zu tun haben wird, als nur spazieren zu gehen. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist eine höchst ernste Frage. Sie setzt Deutschlands Wirtschaftsleben aufs Spiel. Entreißt man uns auch noch Oberschlesien, dann sind wir ein zerrissenneller

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0001

Kampf, der nicht lebensfähig ist. Unsere nationale, unsere wirtschaftliche Existenz, ist in Frage gestellt. Es geht um Sein und Nichtsein. Das ist tief ernst. Darüber darf man sich auch in Bayern keiner Täuschung hingeben. Die Erregung der bayerischen Wehrmänner: „Wir lassen uns unsere Waffen nicht nehmen, sie mögen kommen und sie holen!" ist begreiflich, sie kommt aus vaterländisch glühenden Herzen. Davon darf man auch im deutschen Norden überzeugt sein. Aber Politik macht man nun einmal nicht mit Stimmungen, mit Gefühlsausbrüchen, Politik ist Rechnung, ist nüchternes Geschäft, Kalkulation, die abwägt, was schlimmer, was weniger schlimm ist. Schlimm, sehr schlimm, ja katastrophal wäre auf jeden Fall der Verlust des Ruhrgebietes. Er vernichtet unsere wirtschaftliche Existenz. Schlimm, sehr schlimm kann auch die Auflösung der Wehren werden. Sie kann unsere staatliche Existenz vernichten, uns ins Chaos des Bolschewismus hinabreißen. Denn darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, die Kommunisten schlagen los, sobald sie sich stark genug dazu fühlen. Wenn dem Reich seine letzten Machtmittel — was sind 100 000 Mann Reichswehr? — entrissen sind, wird diese verhängnisvolle Stunde gekommen sein: die Einwohnerwehr — ihr Ruhrgebiet.

Was ist das kleinere, was das größere Uebel? Wer vermöchte das mit Bestimmtheit zu sagen? Es gilt also, daß die Konsuln wachen, damit der Staat keinen Schaden erleidet. Die Konsuln im Reich, die Konsuln in Bayern. Was wird die Reichsregierung, was die bayerische tun? Nur Vermutungen sind erlaubt. Noch wissen wir nichts Positives, was auch immer gefaselt werden mag. Verhandelt wird hin und her. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt dazu, anscheinend offiziös: „Es ist gar kein Zweifel, daß in Berlin die Notwendigkeit weitestgehenden Schutzes der öffentlichen Ordnung in Bayern erkannt wird und daß die Reichsregierung in der Vertretung dieser bayerischen Notwendigkeiten soweit gehen wird, als es der Vertrag von Versailles, das Abkommen von Spa und ein etwaiges Entgegenkommen der Entente erlauben wird. Aber was außerhalb dieses Rahmens liegt, wird von Bayern selbst geschehen müssen, wie das sicher auch der Wille der bayerischen amtlichen Kreise ist." Was die Verträge von Versailles und Spa erlauben, wissen wir. Sie erlauben nichts. Und ein etwaiges Entgegenkommen der Entente? Hofft man in Berlin wirklich noch darauf? Ist dort noch nicht der Optimismus gestorben? Wer hofft heute noch auf ein Entgegenkommen von Frankreich? Höchstens Kinder und Narren, die vielleicht manchmal die Weisheit sprechen, aber sie doch nicht von anderen erhoffen. Also Frankreich wird nicht entgegenkommen, nicht nachgeben. Das steht doch fest. Dann wird also von Bayern geschehen müssen, was „außerhalb dieses Rahmens liegt". Was das ist, ist nicht mysteriös. Die Gefahren der Besetzung des Ruhrgebietes sollen also keineswegs heraufbeschworen werden. Sie werden in dieser offiziösen Auslassung nicht einmal gestreift. Dann liegt demnach die Entscheidung bei „Bayerns amtlichen Kreisen". Werden diese etwas vermögen gegen den entschlossenen Willen des bayerischen Volkes... Dunkel, ja dunkel ist die Zukunft!

*

Anläßlich der am Sonntag in Anwesenheit von etwa 5000 Einwohnerwehrmännern erfolgten Weihe der ersten Landesfahne der bayerischen Einwohnerwehr hielt Ministerpräsident Dr. v. Kahr eine Ansprache, in der er sagte, die Landesfahne solle eine ernste Mahnung sein an alte bayerische Sitte und Treue und ein Symbol der Kraft und des starken Willens gegen Volksverhetzung und Ruhestörer. Vorwärts und aufwärts müsse die Losung sein für alle Einwohnerwehrleute und für das ganze deutsche Volk in diesem Dienst sich die Einwohnerwehr über allen Parteihader hinweg gestellt habe, um unser Volk einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen. Ueberall in Bayern stehen wir im Dienste des großen deutschen Vaterlandes, und alles, was wir schaffen, dient dem Staatsgedanken und dem Gemeinschaftsgeiste. In diesem Sinne schloß der Ministerpräsident mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Es folgte eine Ansprache des Landeshauptmanns der bayerischen Einwohnerwehr Escherichs, der mitteilte, daß er soeben aus Hamburg, Kiel und Schwerin komme, wo er von den bayerischen Verhältnissen habe erzählen dürfen. Die Hochrufe auf das schöne Bayernland hätten ihm doch am besten bewiesen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, auf dem es gelungen sei, sich aus eigener Kraft auf tiefster Schmach emporzuarbeiten, und daß die Brüder im Norden von uns Stärkung und Kraft erwarten. Was in Bayern erreicht worden sei, sei in erster Linie den Einwohnerwehrkameraden zu verdanken, die zuerst erfaßt haben, daß nur der kräftige Zusammenschluß der ordnungliebenden Elemente zum Aufstieg führen kann. Die Weihe der Landesschützenfahne sei ein Zeicher, daß die Aufgabe noch nicht beendet sei, sondern daß man am Anfang des großen Werkes stehe. Schwierigkeiten lägen noch voraus. Um sie zu meistern, bedürfe es eines ernsten Willens und fester Entschlossenheit des ganzen Volkes. Die heute geweihte Landesfahne solle ein äußeres Zeichen des Zusammenhaltens in deutscher Gesinnung und treu bayerischer Art darstellen. Escherich forderte die Wehrleute auf, sich alle um die Landesfahne zu scharen im Sinne des alten bayerischen Wahlspruches: „In Treue fest!" Der Redner schloß mit einem Hoch auf die bayerische Einwohnerwehr.

Die neue Eisenbahntariferhöhung

(Von unserem Sonderberichterstatter)

h. Berlin, 16. November.

Wie ich zuverlässig erfahre, tritt am Freitag im Verkehrsministerium eine neue Konferenz zusammen, die sich mit der Frage der neuen Tariferhöhung auf der Reichseisenbahn beschäftigen wird. Das Verkehrsministerium drängt auf schnellste Erledigung der Tariffrage. Wie verlautet, kommt eine 50prozentige Erhöhung der Fahrtarife in Frage.

Die Regierung von Danzig

w. Danzig, 16. November.

Der stellvertretende Oberkommissar Oberstleutnant Struti erließ folgende Verordnung: Nach der Begründung der Freien Stadt Danzig bleibt der erweiterte Staatsrat als vorläufige Staatsregierung weiter in Tätigkeit mit der Maßgabe, daß die verfassunggebende Versammlung die gesetzgebende Körperschaft bildet. Der erweiterte Staatsrat und alle übrigen im Gebiet der Freien Stadt gegenwärtig bestehenden Behörden führen ihre Amtsgeschäfte nach den geltenden Bestimmungen so lange fort, bis die Verfassung der Freien Stadt Danzig durch den Rat des Völkerbundes geprüfeisiert und in Kraft gesetzt ist, sowie die in der Verfassung vorgesehenen gesetzgebenden Organe gebildet sind.

Deutsch-englisches Schiedsgericht

w. Amsterdam, 16. November.

Dem „Telegraaf" zufolge wird in London amtlich bekanntgegeben, daß die Regierungen von England und Deutschland kraft Artikel 304 des Vertrages von Versailles ein Schiedsgericht errichtet haben, das in London tagen wird, um Beschlüsse in der Frage der Privatschulden im Zusammenhang mit Artikel 296 des Friedensvertrages und in der Frage der Schadenvergütung laut Artikel 296 zu fassen. Vorsitzender des Schiedsgerichts ist der schwedische Jurist Professor Eugene Borel. Der Londoner Advokat Waugham Williams vertritt England, während Deutschland durch den Senatspräsidenten des hanseatischen Oberlandesgerichts vertreten sein wird.

Die „Herren" des Rheinlands

w. Berlin, 15. November.

Der Reichskommissar für die besetzten Rheingebiete weist in einer Eingabe an den belgischen Oberkommissar darauf hin, daß nach wie vor belgische Offiziere Jagdreviere im Rheinland beschlagnahmen. So requirierte neuerdings eine Offiziersgesellschaft in Neuß ein Revier von 4800 Hektar, wofür mindestens eine Pacht von 50 000 bis 60 000 Mark zu zahlen wäre. Auch in Geldern und Krefeld werden ähnlich große Reviere von belgischen Offizieren beschlagnahmt.

Die Flüchtlinge von der Krim

w. London, 16. November.

Die „Times" melden aus Konstantinopel, daß dort 7 Schiffe mit 13 000 Flüchtlingen aus der Krim eingetroffen sind. Inzwischen warten noch 80 000 Flüchtlinge auf ihre Abbeförderung von der Krim. Wrangel leitet persönlich die Räumung von Sebastopol. Er beabsichtigt, sich erst im letzten Augenblick einzuschiffen.

Wie der „Telegraaf" aus London meldet, wird dort von amtlicher Seite in Abrede gestellt, daß die Blockade gegen Sowjet-Rußland im Schwarzen Meer wieder aufgenommen sei. Reuter erfährt von der Admiralität, daß die britische Schwarzmeer-Flotte Befehl hat, strikte Neutralität zu wahren und nur den gewöhnlichen Polizeidienst zu verrichten.

Preußenparlament

w. Berlin, 16. November.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, daß für die nächste Zeit eine Aenderung des Besatzungsgesetzes noch nicht in Aussicht genommen sei, ferner, daß es nicht in ihrem Sinne liegt, weitere preußische Gebiete an Thüringen abzutreten, wohl aber wird sie etwaigen Wünschen auf wirtschaftliche oder politische Annäherung Thüringens an Preußen nicht entsprechen.

Ohne Erörterung endgültig angenommen wird die Vorlage zur Durchführung des Staatsvertrages über Uebertragung der preußischen Staatsbahnen an das Reich und der Entwurf, betreffend die Dienstgewalt über die in den Reichsdienst nicht übernommenen preußischen Zollbeamten.

In der folgenden zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Beseitigung der Konfliktserhebung bei gerichtlicher Verfolgung von Beamten und Soldaten wegen Amts- und Diensthandlungen bei entsprechenden Klagen gegen den Staat hält

Dr. Seelmann (Dtschn.) die seitens seiner Partei schon bei der ersten Lesung geäußerten schweren Bedenken gegen das Gesetz aufrecht. Warum wolle man den bestehenden Schutz beseitigen, den die Beamten bisher bei Ausübung von Amtshandlungen genießen.

Abg. Gäbel (Ztr.): Auch wir sind gegen die Beseitigung der Konfliktserhebung, weil die Beamten dadurch gegen andere Staatsbürger benachteiligt werden. Es ist schon jetzt über schlappes Vorgehen gegen Schieber und Wucherer geklagt, beseitigen Sie die Konfliktserhebung, dann werden die Beamten noch vorsichtiger werden.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Wir nehmen die Vorlage an, dem jetzigen Zustand liegt ein unberechtigtes Mißtrauen gegen den Richter. Die Konfliktserhebung führt dazu, Beamte dem ordentlichen Richter zu entziehen.

Abg. Freumuth (Soz.) bezeichnet den bisherigen Zustand als nicht mehr zeitgemäß.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen des Zentrums und Rechten angenommen und sogleich verabschiedet.

In der fortgesetzten

zweiten Haushaltsberatung

bemerkt zum Kapitel Justizverwaltung Abg. Schulz (Ztr.), daß die gesteigerte Kriminalität auch erhöhte Gefahren mit sich bringen müsse. Die wirtschaftliche Notlage der Referendare kann dazu führen, daß nur noch Söhne wohlhabenden Häusern zum Rechtsstudium übergehen. Dispositionsfonds für notleidende Referendare sei wesentlich erhöht werden, auch für die Assessoren muß etwas geschehen. Jetzt macht sich geradezu eine Flucht der Assessoren aus der Justiz bemerkbar.

Justizminister Dr. Am Zehnhoff (auf der Tribüne schwer hörbar): Die wirtschaftliche Notlage der Referendare wird mir voll anerkannt. Nicht nur die Söhne reicher Eltern, sondern die Kinder aller Klassen sollten sich der Rechtspflege widmen können. Darum werden wir uns bemühen, die Notlage der Referendare möglichst zu lindern. Wir haben diesen Zweck einen Dispositionsfonds von 600 000 Mark. Der Reichsfinanzminister hat sich mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage gegen die Schaffung neuer Stellen ausgesprochen. Dem Wunsche auf Erhöhung der Geldstrafen soll entsprochen werden. Eine Herabsetzung der Prozeßgebühren wird kaum möglich sein.

Abg. Heilmann (Soz.): Das Vertrauen zur Rechtsprechung ist im Volke geschwunden. In der Verfolgung der Kriegsverbrecher und Kapperbrecher hat sie vollkommen versagt, und erkenntnislos geht sie gegen Arbeiter vor. In Gumbinnen wurde gegen einen Sozialdemokraten öffentlich Anklage erhoben, weil er von einem Warrer behauptet hatte, er predige so lange weilig, daß die Zuhörer einschliefen. Wilhelm II. setzte in dem Prozeß gegen den Schauspieler Ferdinand Bonn das Recht, seinen Bilde durch, aber Ebert und Noske müssen sich Photographiert werden gefallen lassen. Geschworene und Schöffen sollten aus freier Volkswahl hervorgehen. So lange das nicht geschieht, werden die Arbeiter an eine unparteiische Rechtsprechung nicht glauben. Auch die Justizverwaltung muß noch mit republikanisch-demokratischen Geist erfüllt werden. Unser Antrag auf Zulassung der Frauen zum Richterberuf ist von der deutschen Partei im Verein des Hauses empfohlen, in der Kommission aber beseitigt worden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag, den 20. November, 2 Uhr nachmittags vertagt. (Schluß 5¼ Uhr.)

Deutschland kann keine Milchkühe abgeben! Wie wir hören, wird die Reichsregierung sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine weitere Abgabe von Milchkühen an die Entente wehren und im Notfalle den Völkerbund zur Entscheidung anrufen.

Anna Nissens Traum

60. Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

„Fällt das Wasser?" rief Suse den Arbeitern zu.

Die Männer schüttelten die Köpfe. „Noch nicht . . ." und an Suse herantretend, fügte einer hinzu: „Am richtigsten wär's, wenn alles Lebende heute abend den Koog verließe . . . Kann sein, daß alles gut geht, kann aber auch sein, daß eine Katastrophe eintritt, und in der Nacht wär' das eine böse Sache. Könnte alles wie die Ratten ersaufen . . ."

Suse schwieg und warf einen prüfenden Blick über das in diesem Augenblicke ein grausig-großartiges Schauspiel gewährende Meer. Ein schwarzes, rasendes, gärendes Ungeheuer, blitzte es mit tausend grell phosphoreszierenden Augen in die graue, nasse Dunkelheit. Legionen Wogen rauschten heran, jede ein redendes, schreiendes, aufgebrachtes, trotziges Einzelwesen und alle zusammen doch nur ein gewaltiges, furchtbares Ganzes, ein übermächtiger Feind, der mit tosendem Schlachtgeschrei die Dämme von Menschenhand zu stürmen drohte, um jenseits des grauen Festungswalles wieder triumphierend Einzug zu halten in dem Reich, das einst sein war — ehe Menschengeist und Menschenfleiß es ihm entrissen.

Suse wandte sich zum Heimweg. Sie hatte draußen nicht viel Tröstliches geschaut. Mühsam kämpfte sie sich durch Sturm und Regen nach Hause. Einen seltsamen Kontrast zu dem draußen herrschenden Aufruhr der Elemente bildete das traute, gemütliche Zimmer des Hausherrn, in dem die Fenstervorhänge herabgelassen waren und die Lampe brannte. Der Greis saß im Lehnstuhl und las. Wachsweiß hob sich das blasse Gesicht in der silbernen Umrahmung von Haupt- und Barthaar von dem dunklen Bezug des Sessels ab.

Suse klopfte das Herz vor Angst zum Zerspringen; sie war noch außer Atem von dem schrecklichen Weg.

„Steht es schlimm?" fragte Thord Thordsen ruhig.

„Ich fürchte . . . die Leute meinen, es wäre gut, wenn wir der Einbruch der Nacht aus dem Koog wären . . ."

„Du, Suse! — du, mein geliebtes Kind und die Leute . . . . ihr sollt euch retten. Ich bleibe . . . Ich käme mir vor wie ein Kapitän, der in der Stunde der Gefahr sein Schiff verläßt. Sieh, mein Leben ist ohnehin nicht mehr von langer Dauer . . ." seine Stimme sank, „und immer besser noch unter den krachenden Trümmern des Heimathauses begraben, als auf fremder Erde wie ein heimatloser Bettler zu sterben. Aber du bist jung und schuldest dem Leben deinen Tribut, du sollst und mußt dich zu rechter Zeit in Sicherheit bringen. So oder so . . . Wenn es Gottes Wille ist, daß der Deich bricht, will ich zur Stelle sein; vielleicht gelingt es mir dann immer noch, mich zu retten . . ."

„Wo du bist, bleibe ich auch", sagte Suse schlicht und fest und küßte den Vater.

Draußen wurde die Wessung gegeben, daß jeder, der wolle, sich vor Nacht in Sicherheit bringen dürfte. Mit Ausnahme der beiden Mädchen, die es vorzogen, sich zu rechter Zeit zu ihren Angehörigen ins nächste Dorf zu begeben, blieben alle.

Der Abend kam. Im großen Wohnzimmer saßen Herrschaft und Dienstboten schweigend beieinander. Die letzte Ebbezeit hatte nur ein geringes Nachlassen der Flut gebracht; nun stiegen die Wasser wieder . . .

Der Regen hatte nachgelassen. Aus dem ziehenden Gewölk trat der Mond und schaute groß und still in den sturmdurchbrausten Koog hinab.

Am Deich entlang zogen zu dritt Wächter mit Windlaternen, die einander Stunde um Stunde ablösten.

Von Zeit zu Zeit öffnete Suse das Fenster und schaute hinaus. Gegen zehn Uhr sah sie die Leute im Sturmlauf auf das Haus zurasen. Eine furchtbare Angst schnürte ihr die Kehle zusammen. „Da muß was passiert sein", sagte sie zitternd, „sie kommen zurück . . ." Der Sturm warf das Fenster zu. Die Leute erhoben sich und gingen hinaus. Suse und Thord Thordsen folgten.

Draußen könte ihnen der Aufschrei der Kommenden entgegen. „Um Kniie ist ein Loch! Das Wasser spielt mit den Sandsäcken wie mit Gummibällen. Säcke und Segel sind zum Teufel . . . Das Wasser kommt. In einer halben Stunde ist der Koog voll — —."

Ja, da war nichts mehr zu machen, als daß schleunigst jeder sein eigenes bischen Leben zu bergen suchte. Man hörte weder Jammern noch Laute der Furcht. Jeder war auf den Eintritt der Katastrophe vorbereitet gewesen, und so blieb man keine Zeit mit nutzlosen Klagen und Reden. Thord Thordsen hatte in einer Aktenmappe die wertvollsten Familienpapiere geborgen, Suse etwas Wäsche und einige teure Andenken in ein Bündel zusammengepackt, das Niele jetzt an die Schultern lud, während der alte Herr die Mappe unter seinem Mantelkragen barg. Die Knechte mit den Laternen schritten voran, ihnen nach folgten je zwei und zwei die anderen. Schweigend bewegte sich der Zug vorwärts, dem Binnendeiche zu. In wenigen Minuten war das Ziel erreicht.

Oben stand man still und hielt Ausschau. Schon blitzte das graue Wasser im Mondschein, das sich wie eine steil ansteigende Ebene über das flache Land breitete. In den Siegesgesang von Sturm und Wogen, der wie ein frohlockendes „Wir haben ihn, wir haben ihn" klang, mischte sich grausig anzuhören, das angstvolle Brüllen und Wiehern des Viehs, das instinktiv die nahende Gefahr witterte.

Von der Landseite her tönte ein langgezogenes Rufen: „Thord . . . Thord Thordsen . . ."

Ein Fuhrwerk kam heran und hielt in unmittelbarer Nähe des Deiches. Ein Mann sprang vom Bock und schrie auf die kleine Gruppe zu: Deert Bartels, der, als ihm von einem ausgeschickten Boten die dem Koog unmittelbar bevorstehende Gefahr gemeldet wurde, sofort angespannt hatte und auf die Stelle gefahren war, die voraussichtlich von den Flüchtenden als vom Hofgebäude die kürzeste zum Binnendeich benutzt wurde.

„Steigt auf, ich fahre euch nach Nissens Hof. Da könnt ihr ja einstweilen bleiben, das Haus steht doch leer", sagte er, und half zuerst dem halb ohnmächtigen alten Herrn, dann Suse in den Wagen. In scharfem Trab ging es dem Hofe zu. Die Leute blieben noch; einige beherzte Männer wollten versuchen, wenigstens noch einige Stück Vieh zu retten, und trieben deswegen untereinander.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0002

Erhebung des Reichsnotopfers

Der Entwurf über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers ist, soweit es 10 vom Hundert des gesamten Vermögens nicht übersteigt, wenigstens aber zu zwei Dritteln der Abgabe, in zwei gleichen Teilbeträgen, am 1. August und am 1. August 1921 zu entrichten. Der Steuerbescheid am 1. Januar noch nicht zugestellt, so ist die Zahlung am Schluß des auf die Zustellung folgenden Vierteljahres, die zweite sechs Monate später fällig. An Stelle von hundert des abgabepflichtigen Vermögens ist ein Hundertsatz der Gesamtabgabe zu zahlen, wenn dieses Drittel geringer ist. Der Abgabepflichtige glaubhaft macht, daß die Zahlung von hundert des abgabepflichtigen Vermögens die Einstellung seines Betriebes oder die Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts für ihn und seine Familie zur Folge haben würde. Der Antrag ist am 1. Oktober 1922 fällig, kann aber auch vorher entrichtet werden.

Es ist ursprünglich der wohlerwogene Entschluß gefaßt worden, das Reichsnotopfer zu stunden, soll jetzt alles wieder auf einmal gestellt und die Bereinziehung zu einem großen Teile gestundet werden. Maßgebend ist, neben dem allgemeinen Gesichtspunkt, wohl die Erwägung, daß einzelne Industriezweige, wie der Dividendenausweis besagt, ungeheure Gewinne erzielt haben. Das aber ist der Jammer dieser verfehlten Gesetzgebung von Erzberger bis auf die Gegenwart, daß die Kleinen ebenso bluten müssen wie die Großen, und daß in seinem Falle dem Ursprung des Vermögens nachgeforscht wird.

Es werden also bestimmte Vorbehalte notwendig sein, damit nicht Unsinn und Wohltat Plage wird. Das Reichsnotopfer nimmt dem Steuerpflichtigen auf Grund des § 27 ganz oder teilweise das Einzelne gestundet werden. Auf diese zinslose Stundung hat er Anspruch, falls sein steuerbares Vermögen nicht mehr als 100 000 Mark sowie sein jährliches Einkommen nicht mehr als 5000 Mark beträgt und er ohne Gefährdung des Unterhaltes seiner Familie zur Entrichtung der Steuer außerstande ist. Auch sonst kann ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und Einkommens die Stundung eintreten, falls die Einziehung „als besondere Härte" erweist. Dieser Antrag darf aber nicht im Berufungsverfahren durchgefochten werden. Er ist vielmehr, was sehr bedenklich erscheint, lediglich der sachlichen Ermessensfrage. Unter den heutigen Verhältnissen besteht kein Zweifel darüber, daß Personen, die ein Vermögen Kapital als 100 000 Mark und ein größeres Einkommen als 5000 Mark besitzen, häufig nicht ohne Gefährdung des Lebensunterhaltes das Reichsnotopfer bezahlen können. Unter diesen Umständen rechtfertigt sich die Forderung, daß die im § 27 des Gesetzes genannten Ziffern eine wesentliche Erhöhung erfahren und daß diese neue Bestimmung nicht als Ermessensfrage der Finanzämter, sondern als bindendes Recht in das Gesetz hineinkommt.

Zwei Milliarden neue Grundsteuerlasten in Preußen

Nach der von der Preußischen Finanzverwaltung geplanten Grundsteuer soll vom 1. Januar 1921 an eine Neusteuer erhoben werden, die aus einem festen Betrage von 10 vom Hundert und aus der Höhe nach wechselnden Zuschlägen besteht. Für die Zeit bis zum 31. März 1922 soll ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben werden. Die Steuer ist also im nächsten Jahre 20 vom Tausend betragen.

Nach dem halben Steuersatze sollen herangezogen werden:

1. Reine landwirtschaftliche oder gärtnerische Grundstücke mit einem Werte von nicht über 10 000 Mark;
2. Wohnhäuser mit einer Grundfläche bis zu 30 Ar einem Bodenwerte bis zu 10 000 Mark, vorausgesetzt, daß in ihnen nach dem Stande vom 1. Juli 1914 keine Wohnungen im Einzelmietwerte von über 3000 Mark leben.

Als Grundlage für die Wertfestsetzung ist die letzte Ergänzungssteuer-Veranlagung zu nehmen, die bei den land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken bekanntlich vom Ertragswert ausgeht. Die Veranlagung auf Grund der Ergänzungssteuer scheint jedoch nur eine vorläufige zu sein. Wenn wir die uns zugehenden Mitteilungen richtig verstehen, wird beabsichtigt, die Werte hier durchweg nach dem gemeinen Wert zu erheben und den Zuschlag alsdann auf 50 Prozent festzusetzen. Unter diesen Umständen würden Grundstücke und Gebäude mit einem Werte von 40 Milliarden Mark sollen, während Grundstücke in Höhe von 80 Milliarden Mark mit dem vollen Satze belastet werden würden. Die gesamten in Land und Boden sowie in Gebäuden investierten Werte werden hiernach auf 120 Milliarden Mark veranschlagt. Unterlagen für die Beurteilung der Schätzung fehlen einstweilen.

Der Ertrag der Steuer wird auf zwei Milliarden Mark angenommen und soll dazu dienen, das in gleicher Höhe bestehende Defizit des preußischen Staatshaushaltes zu decken. In den der kurzen veröffentlichten Nachtragsetat ist die Steuer mit einem Betrage von 500 Millionen Mark eingestellt. Einschwend hierauf in den Etatserläuterungen wäre der Satze gewesen; wenn er fehlt, so zeigt dies, wie jetzt im Preußischen Finanzministerium gearbeitet wird. Man kann sich die Wirkung der geplanten neuen, geradezu unerhörten Belastung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes an dessen derzeitigen Ertrag, wenn man die Ergebnisse der letzten Grund- und Gebäudesteuer-Veranlagung zum Vergleich heranzieht. Bekanntlich wird die Grund- und Gebäudesteuer, obwohl sie seit Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr für den Staat erhoben wird, doch noch heute für die Zwecke der kommunalen Besteuerung verwendet. Diese Veranlagung ergab für das Jahr 1918 etwa 150 Millionen Mark. Nimmt man an, daß hiervon etwa 10 Mill. auf die Mitbetriebsgebäude entfallen und daß das Soll der letzten Veranlagung jetzt vielleicht durchschnittlich mit 250 Prozent zu den kommunalen Steuern herangezogen wird, so ergeben die Grund- und Gebäudesteuer im jetzigen Staatsumfange annähernd 400 Millionen Mark bringen. Zu dieser Summe der kommunalen Steuern würde also, wenn die Pläne der preußischen Finanzverwaltung Gesetz werden, eine dauernde Belastung der fünffachen Höhe treten müssen, um den gewünschten Ertrag sicherzustellen.

Schon diese Zahlen beweisen in ihrer maßloser Weise auch die vielen Steuern in Anspruch genommen werden sollen. Kommt zu dem gleichen Resultat, wenn man sich die Erträge der Einkommensteuer vergegenwärtigt: das Gesamtergebnis der preußischen Staatseinkommensteuer betrug mit ihren damals hochgetriebenen Sätzen im Jahre 1919 noch nicht 2 Millionen Mark. Es soll also nunmehr aus dem Grundbesitzer, trotz Reichsnotopfer, trotz Erbschaftssteuer und trotz Zugriff des Reich inzwischen noch weiter — und zwar schon bei erträglicher Maß — angespannten Einkommensteuer, eine jährliche Summe herausgepreßt werden, die den gesamten Ertrag der höchsten preußischen Staatseinkommensteuer um 60 Millionen Mark übersteigt!

Der Steuer soll, wie erwähnt, einschließlich des zunächst nur halbe Zuschlages 20 vom Tausend betragen. 20 vom Tausend des Wertes — wenn auch nur 1 vom Hundert sagt, ist unerheblich — bedeutet 40 Prozent des Reinertrages, den jemand aus dem in Frage kommenden Kapital bei Annahme einer 5prozentigen Verzinsung erzielt; es bedeutet 50 Prozent vom Reinertrag, wenn nur eine 4prozentige Verzinsung erreicht wird. Man wende nicht ein daß die Reinerträge z. B. bei dem ländlichen Besitz seit der letzten Ergänzungssteuer wesentlich gestiegen seien! Das mag zum Teil zutreffen hat aber, selbst wenn und soweit es der Fall ist doch nur vorübergehende Bedeutung, da die Steuer später in Höhe von 1½ Prozent des gemeinen Wertes erhoben werden soll und damit ohne Zweifel auf mindestens 40 Prozent des Reinertrages zu schätzen ist.

Hierzu kommt nun noch als verschärfendes Moment, daß es bei dem von der Preußischen Finanzverwaltung verfolgten Steuerprojekt auf die tatsächlich erzielten Reinennahmen gar nicht ankommt, denn es handelt sich um eine Objektsteuer, bei der die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen nicht berücksichtigt werden. Es ist also — wohlgemerkt — gleichgültig, ob dieser Schulden hat oder nicht.

Dafür ein Beispiel: Der Bewohner einer Stadt hat das Unglück, ein Haus zu besitzen. Der Wert — hier ist der gemeine Wert maßgebend — sei 500 000 Mark und das Haus belastet mit 350 000 Mark Hypotheken. Der schuldenfreie Teil möge jetzt dem Besitzer ein Reinenkommen von 7- bis 8000 Mk. bringen. Die neue Grundsteuer beträgt 10 000 Mark. Die Ausgaben übersteigen also die Einnahmen! Bei dem ländlichen Grundbesitz liegen die Verhältnisse natürlich ähnlich. Mit anderen Worten: ein großer Teil des Grundbesitzes in Stadt und Land ist sofort bankerott, wenn es ihm nicht gelingt die Steuer abzuwälzen. Diese Abwälzung scheint denn auch den Absichten des Finanzministers zu entsprechen, denn in der amtlichen Mitteilung wird ausdrücklich auf sie verwiesen. Aber hat sich der preußische Finanzminister klargemacht was es bedeutet, zwei Milliarden auf Mieten und Lebensmittelpreise daraufzuschlagen? Und wie verhält sich die Reichsregierung, die hier doch auch ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat, zu dieser weiteren Preiserhöhung der wichtigsten Lebensbedürfnisse?

Anträge zur Demobilmachung

b. Berlin, 16. November.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute der Haushaltsplan des Reichswirtschaftsministeriums weiterberaten. Zur Diskussion stehen verschiedene Anträge, u a. ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag: Der Reichstag wolle die Verordnungen des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 und vom 12. November 1918 aufheben. Die Reichsregierung werde ersucht, bis zu dieser Aufhebung von den durch den Erlaß des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung vom 20. April 1919 den einzelnen Ministerien zugewiesenen Befugnissen keinen Gebrauch mehr zu machen. Die Reichsregierung werde aufgefordert, für etwaige ganz oder teilweise mit Reichsmitteln durchzuführende Maßnahmen auf dem Gebiete des gewerblichen Kredites, insbesondere für solche, bei denen die Heranziehung von Sparkassengeldern oder von Gutschen von Kriegsgesellschaften oder anderen Reichsstellen oder von Aufwendungen für die Arbeitslosen oder eine Garantie des Reiches in Frage kommt, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiten.

Außerdem liegt ein zweiter Antrag der bürgerlichen Parteien vor, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich zu prüfen, inwieweit auf eine Minderung der Papierpreise hingewirkt werden könne und inwieweit die Reichszuschüsse für Papierlieferungen an gut rentierende Tageszeitungen gemindert oder eingestellt werden können.

Die Koalitionsparteien beantragen, den Reichswirtschaftsminister zu ersuchen, erneut Anweisungen an die Außenbehörden zu geben, daß Veränderungen in den Ausfuhrpreisfestsetzungen keinesfalls auf schon bestehende Lieferungsverträge zur Anwendung gebracht werden.

Es werden dann sämtliche allgemeinen Bewilligungen des Ministeriums aus Kapitel 2 und eine Reihe weiterer Positionen angenommen.

Geheim oder öffentlich?

Ein Streitpunkt des Völkerbundes.

w. Genf, 16. November.

Die Völkerbundsversammlung beschäftigte sich heute mit der Frage der Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Kommissionssitzungen. Lord Robert Cecil-Südafrika, beantragte sie öffentlich abzuhalten. Der Völkerbund müßte einen mutigen Schritt vorwärts machen und mit den Gepflogenheiten der Geheimsitzungen entgültig brechen. Die öffentliche Meinung der Welt hätte ein Recht in vollem Umfange zu erfahren, nicht nur was in der Versammlung, sondern auch was auch in den großen Kommissionen geschehe. Im Laufe der Aussprache über diesen Gegenstand stellte Viviani-Frankreich den Zusatzantrag, daß die Protokolle der Kommissionsverhandlungen veröffentlicht würden, die Verhandlungen selbst aber nicht öffentlich sein sollten. Fisher-England ersuchte Cecil seinen Antrag zu Gunsten des Zusatzantrages von Viviani zurückzugehen. Cecil erklärte sich damit einverstanden, unter der Bedingung, daß die Protokolle so rasch als möglich veröffentlicht würden. Präsident Hymans stellte zum Schluß der Sitzung, die nach 1 Uhr beendet war, fest, daß volle Einigung darüber herrsche, daß die Verhandlungen der Kommissionen nicht öffentlich seien, die Protokolle aber so rasch als möglich veröffentlicht werden sollten. Er berumte die nächste Sitzung auf 4 Uhr nachmittags an.

Unruhen in Eger

h. Prag, 15. November.

In der Nacht zum Sonntag ist in der rein deutschen Grenzstadt Eger ein Denkmal Josefs II. von tschechischen Legionären zerstört worden. Die Bevölkerung Egers wurde durch das Läuten der Sturmglocken aus dem Schlafe geschreckt und stürmte auf den Marktplatz, wo sich die Legionäre, Schreckschüsse abfeuernd, zurückzogen. Die Einwohnerschaft brachte das Denkmal wieder auf seinen Platz, wo es nun zertrümmert dasteht. Dann zogen die Leute, die „Wacht am Rhein" singend, durch die Straßen und rissen alle tschechischen Aufschriften von den Aemtern. Den Sonntag über wurde das Denkmal von diesen hundert Eger Bürgern bewacht.

Ueberschichten im Waldenburger Bergbau

w. Waldenburg, 16. November.

Ende voriger Woche ist unter Mitwirkung des Ministerialrats Dr. Bendstem vom Reichsarbeitsministerium ein Ueberschichten-Abkommen für den Waldenburger Bergbaubezirk zustande gekommen. Hiernach werden die Bergleute dergestalt Ueberschichten verfahren, daß an drei Tagen der Woche zwei Stunden an die Frühschicht und an den anderen drei Tagen der Woche zwei Stunden an die Mittagsschicht angehängt werden. Bei Verfahren der Ueberschichten erhalten die Bergleute die gleiche Zulage wie im Ruhrbezirk. Die Betriebsratsversammlungen, die gestern stattfanden, haben mit überwältigender Mehrheit — mit 96 : 21 Stimmen — dieses Abkommen angenommen. Vom 17. November ab werden die Ueberschichten verfahren werden.

Herrn Kasparekts Wanderkino

Herr Kasparek ist ein vorbildlicher Landrat. Er denkt an alles und macht alles! So auch einen Wanderkino. Und da er sich mit dem „Halleschen Volksblatt" scheinbar wieder vertragen hat, so macht dieses wiederum tüchtig für ihn und sein Wanderkino Reklame. Herr Kasparek muß auch ein Preßbüro haben und es ist anzunehmen, daß er es selber leitet, da er doch in solchen Dingen „von Erfahrung behaftet" ist. Das „Volksblatt" bringt nun ein solches Erzeugnis, das einen Markitt-Roman noch weit hinter sich läßt und in dem u. a. wie folgt zu lesen steht:

„Sangerhausen. Ein Wanderkino. Dem Beispiel anderer Kreise folgend ist das Kreiswohlfahrtsamt zu dem Entschluß gekommen, im Kreise einen Kinoapparat wandern (!) zu lassen. Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß die vom Kreis-Wander-Kino gebrachten Filme in jeder Weise einwandfrei sind und dazu bestimmt, den Schund zu bekämpfen. Nicht soll dieser Kampf so geführt werden, daß etwa die Kleinkinobesitzer dabei Pleite gehen, nein, uns kommt es lediglich nur darauf an, minderwertige Filme abzuweisen. Die Filmindustrie hat einen kolossalen Aufschwung genommen. In der Nähe der Großstädte sieht man riesige Glaspaläste. Diese großen Glaskästen, in denen man gerroft so einen kleinen Wolkenkratzer unterbringen kann sind die Stätten der Filmkunst. Gelehrte und Künstler haben es verstanden, in den Filmen nicht in pedantischer Art, sondern in netter unterhaltender Weise zusammenzuführen, um so Werke wie „Sturmflut" oder wie sie sonst noch heißen, zuwege zu bringen. Auch reizende Reisebilder aus allen Teilen der Erde kann man bequem in den Stuhl gelehnt genießen, ohne sich dabei auf der Eisenbahn herumzudrücken. Am schönsten sind die der Natur abgelauschten Momente. Tierbilder aus der Gegend dom Aequator bis zu den Polen kann man zu sehen bekommen. Es gibt wohl keine Handlung, kein Fleckchen Erde, nichts gibt es mehr, was nicht im Film zu sehen wäre. Selbst das Altertum läßt man wieder auflehen: Cäsar, Nero, Herkulanum, Pompeji, Löwenkämpfe und vieles andere sieht man am Auge vorbeiziehen. Aber leider macht sich dabei noch eine Schmutzkonkurrenz breit, die es versteht, die niedrigsten Instinkte im Menschen zu erwecken: Da sieht man die grausigsten Räuber- und Phantasiestücke und die Hauptzuschauer bilden die Jugendlichen und noch Schulpflichtigen bis zum frühen Jünglingsalter. Da hilft kein Verbieten und keine Drohungen, da hilft nur eins, recht viel Besseres bringen. Die von uns gebrachten Bilder sind nun nicht etwa muckerische oder langweilige, nein, sie werden im Gegenteil neben den Lehrstoff für die lernende Jugend auch den originellen Teil auf seine Kosten kommen lassen. Für die Erwachsenen werden wir neben guten Unterhaltungsfilmen auch etwas zum „täglichen Gebrauch" bringen.

Ist das herrlich: Herrn Kasparekts Kinoapparat „wandert" im Kreise umher und bringt nicht muckerische oder langweilige Bilder, sondern auch etwas zum „täglichen Gebrauch", Tabak, Zigarren, Zigaretten, Limonade, Keks, Apfelsinen ... Oder aber: „Wie klärе ich meine Kinder über Spartakus und die verfl ... Reaktion auf"? Uns dünkt, daß diese Gebrauchsware Herrn Kasparek gelaufiger ist.

**

Wenn Herr Scheidemann regiert

Wegen seiner Reichstagsrede hatte die „Kasseler Allg. Ztg." Herrn Scheidemann einige scharfe Worte gewidmet, die berechtigt waren, weil Herr Scheidemann u. a. geäußert hatte, die Offiziere usw. sollten froh sein, daß sie am 9. November 1918 nur ihre Achselstücke verloren hätten. Also eine politische Kritik eines politischen Blattes an dem Politiker Scheidemann. Herr Scheidemann ist aber Oberbürgermeister von Kassel. Und was geschieht? Der Magistrat von Kassel, dessen Chef Herr Scheidemann ist, beschließt folgendes:

Der Magistrat nimmt in seiner Sitzung dom 8. November mit tiefstem Bedauern Kenntnis von der persönlichen Kampfesweise der „Kasseler Allgemeinen Zeitung" gegen den Oberbürgermeister unserer Stadt, die (soll wohl heißen: der?) in weitesten Kreisen der Bevölkerung Erbitterung hervorgerufen hat. Diese verletzende Art muß die Befürchtung nahelegen, daß schwere Störungen der öffentlichen Ruhe hervorgerufen werden. Deshalb fühlt der Magistrat in Wahrung städtischer Interessen sich verpflichtet, öffentlich das dringende Ersuchen an die Leitung der „Kasseler Allgemeinen Zeitung" zu richten, sich einer sachlichen Kampfesweise zu bedienen.

Den Magistrat von Kassel geht die politische Kritik am Politiker Scheidemann gar nichts an! Seine Entschließung bedeutet eine Einmischung, die einzigartig ist und welche unter dem alten Regime auch ohne das Toben der demokratischen Presse von den Aufsichtsinstanzen scharf zurückgewiesen worden wäre. Es ist interessant, wie der Oberbürgermeister Scheidemann seinen ihm untergebenen Magistrat zu Handlungen veranlaßt, die das Ueberschreiten der Befugnisse bedeuten.

300 Berliner Hausbesitzer als Arme! In einer Eingabe des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine an den Berliner Magistrat wegen Stundung der städtischen Gebühren wird ausgeführt, daß über 300 Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen bereits Almosen von der Stadt Berlin empfangen. Immer dringender werde der Ruf der Mitglieder des Bundes an die Bundesleitung, diejenigen Hausbesitzer, die noch ein Gutshaben bei der städtischen Sparkasse zu unterbelten imstande seien, aufzufordern, ihre Gelder dort abzuheben. Noch bestimmter werde das Verlangen, geschlossen die Zahlungen einzustellen. Die städtischen Werke gingen rücksichtslos gegen diejenigen Hausbesitzer vor, die einfach nicht in der Lage seien, die städtischen Gebühren zu bezahlen. Die Rücksichtslosigkeit der städtischen Werke gehe sogar so weit, daß, bevor überhaupt eine Antwort auf das Stundungsgesuch eingegangen sei, gewaltsam gepfändet werde. Der Oberbürgermeister wird daher dringend gebeten, unverzüglich die städtischen Werke und die Bezirksdeputation zu beauftragen, bei den Stundungsgesuchen der Hausbesitzer größere Milde walten zu lassen, ferner die notwendigen Schritte zu tun, damit durch eine Nachtragsordnung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 3. Juli zu dem Beschluß 1920 die Höchstmietgrenze auf eine den Verhältnissen angepaßte Höhe heraufgesetzt werde. Allein für die behördlich festgesetzten Mehrlasten sei eine Mietserhöhung um 54½ Prozent notwendig, während der Wohnungsverband nur 30 Prozent bewilligt habe.

Der Wahlrechtsausschuß der Preußischen Landesversammlung beschloß, bei seiner zweiten Lesung des Wahlgesetzes für den Landtag die Stimmenzahl, auf die ein Abgeordneter entfallen soll, auf 45 000 festzusetzen.

Der Main—Donaukanal. Wie die Korrespondenz Hoffmann erfährt, wird mit den Bauarbeiten in Strecken des Main—Donaukanals jetzt am Main und an der Donau begonnen werden. Schon in allernächster Zeit werden zwei Staustufen zwischen Knetzgau und Bamberg in Angriff genommen werden. Die grunderwerblichen Verhandlungen sind eingeleitet. Die Vergebung der Bauarbeiten soll so gefördert werden, daß der Baubetrieb in größerem Umfange erfolgen kann. Auch bei Würzburg und Aschaffenburg sind die Vorarbeiten im Gange. An der Donau sind bei Deggendorf die Niederwasser-Regulierungen in Versuchsstrecken schon eingeleitet.

Eine Trauerfeier für das verlorene Südtirol. Am Montag veranstalteten der deutsche Volksrat und die Tiroler Vereine eine Trauerfeier für das verlorene Südtirol, die zu einer großen Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit der Deutschen Südtirols sich gestaltete.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. A.: Arno Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Handel u. Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Fritz Gottschalk. Für den Anzeigenteil: Paul Bertram, sämtlich in Halle a. S.
Fritz Schade, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallescheen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 16. November.

(Bis 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse).

Bankdiskont:

Reichsbk.-Disk. 5%, Lombardzins 6%, Holland 5½%, Belgien 5%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Neujork 2%, Paris 6%, Schweiz 3%, Spanien 5%, Wien 8½%, Dt.-Oest. abg. 8%, Prag 6%, Budap. —

Devisenkurse.

	heutiger Kurs Geld	heutiger Kurs Brief	voriger Kurs Geld	voriger Kurs Brief
Holland 6	215.15	215.59	215.05	215.50
Belgien Frc.	469.50	470.50	515.95	517.05
Norweg. Kr.	1009.00	1011.00	1011.00	1013.00
Danem. Kr.	1109.00	1111.00	1098.00	1101.10
Schwed. Kr.	1443.55	1446.45	1573.40	1576.60
Finnl. M.-M.	168.50	170.00	179.30	179.70
Rja ung. Lei	—	—	289.50	290.50
Lngld. St.	257.20	257.80	283.45	284.05
Kanada $	76.17	76.33	83.91	84.09
Frankr. Frc.	—	—	485.50	—
Schweiz	—	—	1273.70	1276.30
Span. Peso	—	—	969.00	961.00
Neujahr K.	—	—	—	—
D.D.abg.	22.97	23.03	23.34	23.40
Prag	85.90	86.10	87.65	87.85
Ungarn	13.73	13.77	13.98	14.02

Deutsche Anleihen

		heut. Kurs	voriger Kurs
Reichsanl. 14	5	98.90	98.80
do. 18 Juli. 22	4½	80.75	80.75
do. Agio ausl.	4½	72.50	72.50
do. Juli. 24	4½	90.75	90.75
Reichsanleihe 24	5	77.50	77.50
do.	4	66.25	66.10
do.	3½	57.75	58.00
do.	3	66.10	66.60
Schutzg.-Anleihe	3	79.60	79.75
Sparprämien-Anleihe	12	87.00	87.00
Pr. St.-Sch. 21	5	99.25	99.20
do. 1. 2. 22	5	98.50	98.50
do. 1. 11. 22	5	98.50	98.50
do. ausl. 1914	4	79.50	79.50
Preuß. Konsols	4	62.50	62.25
do. do. Statl. A	3½	53.40	—
do. do.	3½	52.50	52.00
do. do.	3	51.80	51.00
Bad. Staats. 01	7	75.10	77.00
Bay. St.-Anl.	4	79.50	80.50
do.	3½	63.40	63.00
Braun. 19 uk. 30	4½	98.75	98.75
do. 00, 09, 11	4	86.00	87.40
Hamburg St.-R.	3½	66.00	68.60
do. A. St. A. u. 21	4½	96.75	96.75
Sächs. St.-Anl. 19	4	69.00	70.75
do. Staats-Rente	3	55.80	56.50

Stadtanleihen

		heut. Kurs	voriger Kurs
Altona	4	83.00	83.00
Berlin 04	4	91.10	91.50
do. 15	4	90.00	90.00
do. 02	3½	92.00	92.00
Brunsberg	4	37.00	37.00
Cassel	4	—	—
Charlottenberg 99	4	91.25	92.00
do. 08	4	87.75	87.50
Cöln 08	4	98.75	99.00
do. 12	4	98.75	99.00
do. 19	4	98.75	99.00
Danzig	4	—	102.00
Dortmund	4	91.30	92.25
Dresden	4	92.00	90.50
Düsseldorf	4	84.00	84.00
Frankfurt a. M.	4	107.50	107.75
do.	3½	—	83.00
Hannover	3½	—	—
Königsberg	4	83.00	83.00
Magdeburg 06	4	—	—
München	4	98.90	98.90
Nürnberg	4	96.50	96.50
Posen	4	—	86.50
Schöneberg	4	90.80	91.30
Stettin	3½	—	86.50
Stuttgart	4	101.50	—
Wilmersdorf	4	77.50	77.50

Preuß. Pfandbriefe

		heut. Kurs	voriger Kurs
Berliner Pfandbr.	4	94.90	94.00
do. neue	3½	81.50	81.75
do. neue	3	—	—
Brandbg. Pfandbr.	3	96.50	96.00
Kur- u. Neumk.	3½	—	—
do. Comm.	4	97.75	98.00
Lbch. Cantr.	4	102.25	101.00
Ostpreuß.	4	90.90	90.10
Pommersche	4	101.00	101.00
Sächsische neue	4	100.75	100.50
Schlesische	4	100.00	—
Schlesw.-Holst.	4	109.50	109.00
Westfälische	4	105.50	105.00
Westpr. Ritt.	4	98.00	98.00

		heut. Kurs	voriger Kurs
Bayerische Hypo.	4	100.25	100.25
Bayerische Vereins	4	95.50	95.60
Bremer Hypo.	4	76.00	76.75
Dtsch. Hyp. Bk.	4	96.70	96.70

Pfandbriefe

		heut. Kurs	voriger Kurs
Augsburg	—	88.50	88.50
Braunschweig	—	—	480.00
Cöln-Minden	3½	—	—
Hamburg	3	—	—
Lübeck	3	—	165.00
Sa.-Meiningen	—	—	101.50

Ausländ. Anleihen

		heut. Kurs	voriger Kurs
Bosnische E.	5	106.00	113.50
Chinesische Mon.	4½	510.00	—
do. Gold	4	465.00	512.00
Mexikan. 99	4	793.00	895.00
do. 04	4	610.00	—
Oesterr. Schatz	4½	33.00	32.25
do. E.-A.	4	27.00	25.75
do. Gold	4	39.00	38.50
do. Kronen	4	22.00	22.40
do. Rente	4	—	27.75
Russ. 08	5	152.00	174.75
do. 11	5	112.00	136.00
do. 29	4	112.75	129.75
do. 30	4	150.00	158.75
do. Gold	4	114.75	130.00
do. 05	4	138.00	138.00
Türkische Adm.	4	104.00	111.00
do.	2	187.75	188.75
do. unif.	4	—	—
do. 05	4	93.00	100.00
do. 08	4	93.00	100.00
do. Zoll	4	98.25	112.90
do. Cons.	4	540.00	560.00
Ung. Rente 13	4½	24.00	—
do. 04	4	31.50	—
do. Gold 14	4	63.75	32.00
do. 10	4	—	27.25
do. 22	4	23.50	22.75
Budapest	4½	56.75	56.50
Lissabon	4	149.00	152.00
Sofia	5	118.00	117.90
Wien neue	4	44.50	44.75
do. Stadt	—	—	—
Poln. Hyp.	5	715.00	735.00
Mexikan. Bonds	4½	505.00	541.00
Poln. Pfandbriefe	4½	30.25	32.50

Inl. Hyp.-Pfdb.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Berliner Hypoth. 18	4	95.25	95.25
do. abg.	4	90.10	90.25
B.H.Pfdbr. 3.1-21	4	94.75	94.75
B. Hyp. Brl. 23	4	96.25	96.25
do. Schiff	4½	103.00	100.50
Bremen Rheinh.	4	110.00	100.00

Hamburg Hyp.	4	101.25	100.75	Mecklenburg. Hyp.	4
Meim. Hypoth. 12	4	92.75	93.00	Meiningen. Hyp.	7½
do. 18	4	101.50	101.50	Nassauische Bank	7
Preußische Bod. 29	4	95.50	95.00	Ostbk. f. Hand.	7
do. 30	4	97.00	97.00	Oesterr. Creditanst.	6
Preuß. Cent. B. 90	4	98.50	99.00	do. Länderbank	5
do. 12	4	98.75	100.00	Pfälzer Bank	6
Preuß. Hyp. A.B. 11	4	99.75	99.75	do. Hyp.-Bank	9
do. 12	4	96.00	97.00	Preuß. Bodenkr.	7
Pr. Pfandbrf. B	4	93.00	93.00	do. Centr.-Bod.	6½
do. 22	4	93.00	93.00	do. Hyp.-A.-Bk.	7
Schles. B. Q.	4	90.50	90.25	do. Pfandb.-Bk.	7½
Schönberg. R.	4½	—	—	Reichsbank-A.	8.6
do.	4	—	—	Rhein. Hypoth.	9
do.	3½	—	—	do. Kreditbank	5
Deutsche Hypo.	4	96.00	96.00	do. West. Bod.	7
Dresdner Bank	4	98.00	98.00	Rostocker Bank	4
Frankf. Hypo.	4	98.75	99.00	Sächsische Bk.	7
Schweiz.	4	98.75	99.00	Schl. B. Q. B.	7
Span. Peso	4	98.75	99.00	Siegen. L. H.	8
Neujahr K.	4	98.75	99.00	Südd. Disk. Ges.	8
D.D.abg.	22.97	23.03	23.34	Ver. Hamburg	9
Prag	85.90	86.10	87.65	Westf. Bod.	6
Ungarn	13.73	13.77	13.98	Wiener B.-V.	5
				do. Unionbank	5
				Württ. Bk.-A.	7
				do. Vereinsbk.	7

Eisenbahn-Obligationen.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Anatolier	4½	175.50	—
Mazedonen	4½	146.50	143.00
Oest. St. 1. W	5	61.80	64.75
do. Goldstr.	2½	58.90	61.50
do. neu	2½	—	—
do. E	5	54.50	55.50
do. Gold	2½	31.50	30.00
Denver Rio I	5	1025	1020.0
Nat. Rail. Mexik.	—	511.00	572.00
Tehuantp.	5	577.00	622.00
do.	4½	550.00	478.00

Eisenbahn-A. u. St.-Pr.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Aachen-Mast.	10	1540.0	1600.0
do. C.-S.M.p.St.	10	3400.0	3400.0
Baltimore	0	575.00	630.00
Elektr. Hb.	4½	123.00	120.00
do. 5% Vorz.	5	108.00	106.00
Gelsenkirch.	4½	0	—
Hainbahn-B.	4½	0	—
Haile-Halbst.	0	67.25	67.00
Königsberg-Cr.	4½	150.00	152.25
Krefelder	0	70.00	74.75
Lübeck-Büch.	6	159.75	159.75
Luxemb. Pr. B.	6	500.0	—
Oesterreich.	2½	73.75	73.75
Oesterr.-Ung. S	0	203.50	207.00
Schantung	5	—	—
Schantung. 2	—	900.00	618.00
do. G.-St.	1	2200.0	2300.0
Westeisenb.	—	127.00	133.75
Zschipt.-Fin.	11	—	—

Kleinbahn-Aktien.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Aachener Kl.	7	0	—
A. E. G. Schm.	4½	—	00.00
do. Vorz. A.	5	0	—
Allgem. El.-Ges.	10	110.00	110.00
do. Lok. u. St.	5½	113.50	111.00
Danziger El.	7	—	—
Deutsche Eis.	6	7	110.25
Erfter er elek. B	7½	75	—
Große Berl. Str.	7½	—	—
Große Casse	6	6	85.50
Hamburg. Str.	7	6	100.00
Magdeburg. Str.	11	4	118.00
Posener Str.	7½	5	—
Stettiner Str.	7½	5½	—
do. Vorz.-Akt.	5½	0	—
Südd. Eisenb.	0	—	115.00
Ver. Eisenb. V.	—	—	46.00

Kleinbahn-Obligationen.

		heut. Kurs	voriger Kurs
El. Hochb. 09/12	4½	88.50	86.00
Allg. O. Kleinb.	3	72.50	72.75
Berl. Lok. u. Str.	4½	88.00	90.10
do. do. uk. 21	4½	4½	—
do. do.	4½	84.10	84.10
Große Berl. Str.	4½	87.60	90.00
do. 1911	4½	81.75	82.10

Industrie-Oblig.

		heut. Kurs	voriger Kurs
A. E.-G. 9	4½	106.25	106.50
do. 6-13	4½	106.25	105.50
do. 1-5	4	102.00	101.50
Bergmann	4½	100.25	100.75
Berger Mill. Werke	4	87.50	87.75
do.	4½	99.50	96.90
D. Ueberseeb.	5	5	—
Elektr. Anlagen	4½	4½	—
do. Lieferung	5	102.20	102.50
do. Licht u. Kr.	5	103.25	103.00
Gas. Ind.	4½	4½	—
Gesf. elektr. U.	4	96.25	96.90
do. do.	4½	101.25	101.25
L. Lorenz	4½	—	102.90
Neue Boden	4	73.50	71.00
Siem. & Halske	4½	105.00	104.50
do.	4½	95.75	97.00
Siem. & Schuck.	4½	103.00	103.50
do. 12	4½	102.00	—

Schiffaarts-Aktien.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Argo	6	30	624.50
D.-Austral.	—	—	—
Hamburg-Am. P.	9	199.00	201.00
Hamb. Reed.	—	219.50	220.00
Hamb.-Südam.	—	—	375.00
Hansa	—	—	326.50
Kopenhagen	35	60	—
Nordd. Lloyd	—	—	192.90
Schles. Dampf.	7½	350.50	358.00
Ver. Elbe	0	0	330.00

Bank-Aktien.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Badische Bank	7	6	161.00
Bk. f. Brau.-Ind.	6	7	—
Bank f. Thür.	6	—	150.00
do. neue	7½	—	—
Barmer B.-V.	7½	6½	176.50
Chemn. B.-V.	9	9	174.00
Bayer. Hand.	7	5½	—
Berl. Handel.	8	10	243.00
do. Hyp.-Bank	6½	5½	113.12
Braz. Bank D.	6	6	—
Braunschw. Bk.	6½	7½	162.00
do. Hanno. Hyp.	6½	6½	166.00
Centr.-Bodenk.	6	0	—
Chemn. B.-V.	9	9	—
Chs.-Ges. Kr.	5	5	—
Com.-u. Privatb.	7	9	206.00
Danz. Privatbk.	7½	8	203.75
Darmst. Bank	7½	8	—
Deutsche Bank	7½	7½	169.00
Disk.-Ges. Berl.	7½	7½	161.00
Dresdner Bank	7½	7½	—
Dtsch. Eisenb.	6	6	—
Dtsch. Ueberse.	6	6	—
Dtsch. Vereins.	7½	7½	173.75
Dtsch. Genossen.	6	6	—
Dtsch. Hypo. Bank	6	6	—
Dtsch. Ost-Afrik.	20	20	—
Dtsch. Reichsbank	8	8	—
Dtsch. Ver. Bank	7½	7½	—
Disconto-Ges.	7½	7½	178.00
Dresdner Bank	7½	7½	—
Ges. f. elektr. U.	4	4	96.25
Gothaer Grundkr.	4	4	—
Hannover. Bank	6	6	—
Hansa Dampf.	7½	7½	—
Hansa Bank	7½	7½	—
Hypo. Kredit	7½	7½	174.00
Jenaer Bank	6	6	—
Kaiserl. Bank	6	6	—
Kiel. Bank	6	6	—
Kölner Bank	7½	7½	—
Leipz. Kreditbk.	6	6	—
Lüb. Komm.	8	7	166.50
Luxemb. Bank	6	6	320.00
Meckltg. Bank	6	6	—
Mitteldt. Bank	7	7	—
Nat.-Bank	6	6	—
Nordd. Bank	7½	7½	—
Nordd. Kredit	6	6	—
Oberschles. Bank	7½	7½	—
Oest. Kredit	6	6	—
Pfälz. Hypo.	7½	7½	—
Pr. Bodenkr.	6	6	—
Pr. Hypo.	7½	7½	—
Reichsbank	8	8	—
Rhein. Hypo.	7½	7½	—
Rhein. Kredit	6	6	—
Rostocker Bank	6	6	—
Sächs. Bank	7½	7½	—
Schles. Bank	7½	7½	—
Schles. Bodenkr.	6	6	—
Schles. Kredit	6	6	—
Schles. Vereinsb.	6	6	—
Schwarzb. Bank	6	6	—
Siegen. Bank	6	6	—
Stettiner Bank	6	6	—
Thüring. Bank	6	6	—
Ver. Bank	6	6	—
Ver. Hamburg	6	6	—
Ver. Kredit	6	6	—
Ver. Thür. Bank	6	6	—
Vogtl. Bank	6	6	—
Wechsler Bank	6	6	—
Westf. Bank	6	6	—
Wiener Bankv.	5	5	—
Württ. Bank	6	6	—
Zentral-Bodenk.	6	6	—
Zentral-Bodenk.	6	6	—

Brauereien.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Berl. Kindlbrau.	12	12	181.00
do. St. Pr.	14	14	350.00
Berl. Bärenb.	9	9	301.00
Berl. Pfdbr.	7	7	—
do. Bierbrauer.	7	7	170.00
Engelhardt	15	15	436.00
Fried. Wilhelm.	6	6	167.00
Germania	6	6	—
Königstadt	0	6	135.00
Lauer. Weihb.	6	6	—
Löwenbrauerei	8	8	—
Patzenhofer	12	12	319.50
Schöfferbrauerei	4	4	—
Schultheiß	14	14	350.00

Industrie-Papiere.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Aachen. Spinn.	15	32	680.00
Accumul. Fab.	10	17	470.00
Adler Portl.	11	6	250.50
Adl. & Dipl.	—	—	801.00
Adlerhütte. Gl.	18	20	585.00
Adlerwerke	14	14	342.00
A.-G. f. Anilin	12	18	467.00
do. f. Bauzinsl.	10	13	232.00
do. f. Bergbau	12	12	388.00
do. f. Papierf.	6	28	330.00
do. f. Verkehr	10	20	669.50
Aschaffenb. Zell.	12	12	344.75
Altell-Gron.	13	23	470.00
Allg. Berl. Omn.	0	0	155.00
Allg. Berl. A.-G.	—	—	—
Allg. Elekt.-G.	10	0	335.00
Allg. Hausenb.	0	0	130.25
Alsen-Prtl.-G.	12	12	445.00
Amme, Giesec.	15	15	2600.0
Amme, Ges.	15	15	305.00
Ammona. Pr.	0	10	1050.0
Anhalt. Kohle	0	0	395.00
Anhalt. Kohle	10	0	350.00
do. Vrz.-A.	6	6	124.75
Anker-Werke	12	12	400.00
Annaütte. St.	15	0	—
Annener Gußst.	0	0	575.00
Apteretock	0	0	—
Arbed Saarbr.	0	0	570.00
Aranberg Bgb.	15	15	880.00
Arendorf. Pa.	0	0	—
Arnsdaßbeig. P.	0	0	540.00
Augsb.-Rbrnh.	18	—	377.00
Bachm. & La.	20	25	570.00
Bad. Anil.	12	18	569.00
Baer & Stein	40	25	670.00
Balcke, Ma.	12	12	388.50
Bamberg. M.	0	0	169.75
Bkl. f. Bgb. u. I.	8	0	—
Banning, El.	0	0	—
Barger Brl.-A.	0	0	648.00
Bartz & Co.	0	0	342.75
Bauelt A.-G.	6	12	471.00
Bayer. Stickst.	0	0	—
Bay. Wolle.	0	0	119.75
Bay. Zellst.	10	20	—
Berger Gummi	0	0	—
Berl. Gas	0	0	854.00
Bechem & Post	10	10	600.00
Bedburg Wolle	10	10	450.50
C. Benzinger	0	0	—
Berlin. Elektr.	0	0	290.00
D. Berg. Spalk.	0	0	428.00
Bes. Berger. Tiel	0	0	440.00
Bes. Berger. Tiel	0	0	—
Berl. Jdsh. Wl.	12	12	312.50
do. Gemeinbau.	0	0	—
do. Kaufhaus	0	0	—
do. Gummiindust.	0	0	—
do. Lokal.-W.	6	—	240.50
do. Mörtelwerke	0	0	—
do. Mt. Schalke	6	—	190.50
Bibl. Zeitg.	10	10	745.00
do. Gas. Gesellsch.	10	10	334.50
do. Jute-Spinn.	0	0	—
do. Kabelwerk	10	10	—
do. Kammgarn	0	0	—
do. Kunstsei.	10	14	—
do. Schnellpr.	20	20	—
do. Spinnerei	0	0	134.00
do. Steinzeug.	10	0	61.25
do. Ton-u. Sinz.	11	14	62.12
do. W. u. Wl.	0	0	—
do. Wasserw.	3	6	—
do. Wollwaren	15	30	518.00
do. Zinnwerke	20	15	—
Bimsenindust.	0	0	—
Bitter-U. u. G.	0	0	—
Bl. Bergbau	5	20	380.00
Blumenthal	0	0	—
Böhring & Lehm.	0	0	—
Bo. Vorz.-Akt.	6	6	—
Bo. Gardinen	0	0	—
Bür. Metallw.	15	15	—
Bürstenpapierfa.	0	0	—
Bussard. Weyer	10	10	—
Büs. Eis. Dir.	5	0	—
Bo. Eisenhütt.	12	0	—
Bo. Kaiserw. Kr.	0	0	—
Bo. Maschf.-B.	8	15	350.00
Bo. Kohlenw.	10	10	—
Byn. A. Robel	15	15	367.00
C. Eckert Mech.	10	10	—
C. Lent. Gelsw.	10	12	—
Elbeh. Kart.	5	—	—
Cimir. Kehlen	12	12	570.00
Cimenwerk Akt.-G.	0	0	—
Cimenh. Karlstadt	0	45	—
Cimenf. Heidelb.	0	0	—
Eisenw. Silesia	14	14	—
Eisenw. Kaiserh.	6	6	—
do. Meyer I. Co.	6	12	—
Eberfeld. Farb.	12	8	—
Elektr. Bremen	0	0	—
Elekt. Anlag.	0	0	—
do. Lief.-Gesell.	10	12	230.00
do. Liegnitz	0	0	197.50
Elekt. Licht Kr.	0	0	—
do. Unt. Zürich	0	0	—
J. Ehrhardt & Co.	17	17	474.00
Em. u. St. Hilf.	9	9	—
Erdmed. Spinn.	10	12	359.75
Erlang. Baum.	0	0	—
Eschwei. Papier	0	0	385.00
Essen. Steink.	14	12	—
Excels. Fahrr.	15	15	390.00
Faber, Bleist.	15	20	—
Facon Mannst.	0	—	—
do. Vorz.-Akt.	0	—	—
Falkenst. Card.	15	—	—
Felm-Jute Spin.	15	15	—
Felten, Pappen.	0	0	—
Felten & Guill.	10	15	—
Fitl. u. Brust.	6	6	—
Finkbg. Portl.	0	0	—
Fischer, Berl.	0	0	—
Fitch, Mosch.	18	20	—
Frikfurt. Chaus.	0	0	—
Frankonia	15	—	—
Frankf. Zuck.	34	34	691.00
Freund Masch.	0	0	271.00
Friedrich. Metall	16	16	—
Friedrichshü.	0	0	—
F. Frister & G.	25	10	319.00
Froeb. Zucker	17	—	—
Fuggen.	8	—	500.00
Gebhard & Co.	38	0	290.00
Gebh. & König	0	0	—
Gelsw. Linen	0	0	—
Gelsenk. Bergw.	0	0	—
Ges. Gas. Mun.	10	10	—
Gensch. & Co.	0	0	—
Georg Marie	0	0	—
Grb. Frb. Rena	18	18	—
Germ. Portld.	18	18	318.75
Gerresh. Glas	0	0	—
Ges. f. el. Unt.	6	3	—
Giesel. Portl.	17	17	—
Gildemeister	0	0	—
Glas. Chem. Wb.	21	25	—
Gladb. Spinnei.	12	0	—
Ges. Woll-Ind.	0	0	—
Glückstadter	0	0	284.00
Gl. M. Schalke	15	0	—
Gloria. Zeitg.	10	0	—
Gbr. Goedhardt	0	0	—
Gr. Gelderhütte	0	0	—
Gröf. Masch.	0	0	—
Gr. Feuerzeug	0	0	—
Grün & Bilfinger	0	0	—
Gummiw. Hannover	0	0	—
Gummi Peter	0	0	—
Gummi Stutt.	0	0	—
Hasper Eisen	0	0	—
G. Heckmann	0	0	—
Gewürzmühle	0	0	—
Heim. Wem.	0	0	—
Hein. Lehm.	12	16	—
Heinr. & Co.	25	25	440.00
Held & Francke	25	25	460.00
Hammoor Portl.	6	0	—
Hildeb. Wolf.	0	0	—
Hilp Verzink.	0	0	—
Hollerwerke	14	14	—
Hilpert Mach.	0	0	269.75
Hinzr. Aufhg.	0	0	—
Hirsch, Kupfer	10	12	—
Hirsch. Leder	15	15	—
Hochster Farbw.	12	14	—
Hosch, L. u. S.	0	0	—
Hoffmann Stärke	8	0	389.00
Hohenlohe-W.	0	0	—
Horch-Werke	15	0	—
Hüttenbetr.-Ges.	6	6	—
do. Vorz.-Akt.	6	6	—

Die Rubrik vor dem Kurs der Aktien nennt den Zinsfuß, der den Aktien die erste Rate vorweg, die zweite Rate [illegible]. Die Buchstaben hinter dem Kurs bedeuten: B (Brief) — Angebot ohne zustande gekommene Käufe, G (Geld) — unbetriedigte Nachfrage, bB (bezahlt Geld) — nur teilweise betriedigte Nachfrage, bB (bezahlt Brief) — nur teilweise erledigte Verkaufsaufträge, b (bezahlt) — [illegible]

C. Wh. Albert	20	30	1030.00	1055.00	
Chemn. Wk. Z.	8	—	256.00	293.00	
Conc. Bergb.	1	1.92	—	210.00	
do. chem.	6	6	920.00	1000.00	
do. Spinn.	12	18	—	428.00	
Cont. Schalke	12	12	—	750.00	
Cottb. Walzm.	0	0	—	250.00	
Crüllwitzer P.	10	15	—	380.00	
Calmier Mot.	6	5	—	299.75	
Delmarch. Lin.	10	6	—	344.00	
Dessauer Gas	10	0	212.00	213.50	
Dtsch. Atl. T.	—	—	—	295.25	
do. Erdöl-Ges.	—	—	—	425.00	
do. Nied. Tel.	6	—	—	208.00	
do. Südam. T.	—	—	—	254.00	
do. Steinzeugf.	—	—	—	149.00	
do. Tiefbf. T.	—	—	—	—	
do. Asph.-G.	0	4	—	315.00	
Dtsch. Babcock. W.	12	12	—	—	
do. A.-Stg.-W.	12	12	320.00	295.00	
Dtsch. Erdöl	20	45	—	1925.0	
do. Conptinh.	0	0	—	—	
do. do. Vorz. A.	0	0	—	305.00	
Dtsch. Gold.	12	12	490.00	500.00	
do. Jute-Spinn.	36	26	—	390.00	
do. kabelwerk	10	10	—	481.00	
do. Linoleum	0	0	—	549.75	
do. Kunstsei.	10	14	—	549.00	
do. Schnellpr.	20	20	—	549.75	
do. Steinzeug	0	0	380.00	320.50	
do. Ton-u. Sinz.	11	14	—	348.00	
do. W. u. Wl.	0	0	520.00	530.00	
do. Wasserw.	3	6	—	148.00	
do. Wollwaren	15	30	518.00	520.00	
do. Zinnwerke	20	15	—	336.00	
Dimmerstoff	0	0	—	368.00	
Dittm.-H. u. G.	0	0	—	700.00	
Donnitzsch Tel.	5	20	380.00	383.50	
Dörnig & Lehm.	6	6	—	510.00	
do. Vorz.-Akt.	6	6	—	248.00	
do. Vrz.-Akt.	6	6	—	112.25	
do. Gardinen	0	0	—	—	
Dürr. Metallw.	15	15	497.00	500.00	
Dürkoppwerke	15	20	—	520.00	
Dussel. Weyer	10	10	—	440.00	
Düss. Eis. Dir.	5	0	—

Halle und Umgebung

Halle 17. November.

Heute 11¼ Uhr im Walhallatheater

Die bisherigen Karteninhaber die Plätze auf den ersten Rängen im Parkett erhalten, welche gestern abend im Neu-Theater des allzu starken Andrangs wegen drohenden Ueberfülle von Saal und Bühne nicht mehr hereinkonnten. Wegen des ungeheuren Andrangs empfiehlt es sich aber, schon frühzeitig zu erscheinen. Nach der Nachmittags- wie der Abendvorstellung des Generals Lettow-Vorbeck verließen unter der begeisterten Zustimmung der dicht besetzten Hörer in erhebender Weise. (Nähere Berichte folgen am Donnerstag.)

Lettow-Vorbeck vor der Halleschen Jugend

Lettow-Vorbeck! Welch stolze Erinnerungen knüpfen sich an diesen Namen! Mit Wehmut gedenkt man der Zeiten, da man sein Land kannte, ein Sohn eines Landes zu sein, das solche Männer hervorgebracht hat. Männer, die eine Sache um ihrer Sache willen führten, die nur „ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit" taten und die keinen Anspruch darauf erhoben, als Helden genannt zu werden. Aber gerade deswegen sind sie, die sich in den Vordergrund drängten, die nie etwas auf äußere Ehren gaben, unsere größten Helden, unsere besten Führer und unsere Vorbilder. Ein Urbild eines solchen Mannes ist General von Lettow-Vorbeck. Während hat sein Empfang in Halle seinen Charakter gezeigt. Viele Menschen waren gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr nach dem Bahnhof geströmt, denn es war bekannt geworden, daß General Lettow-Vorbeck um 3 Uhr 30 in Halle eintreffen würde. Eine Kommission war bereit, ihn zu begrüßen, zwei Kinder überreichten ihm einen Blumenstrauß, und seine Begleiter nach dem „Neumarktschützenhaus" zu bringen. Aber vergeblich. Vergeblich stand auf dem Bahnhof die Kommission, vergeblich hatte die Menge, um ihm Ovationen darzubringen, vergeblich harrten die Autos. War er gestorben? Nalos fragend sehen die Menschen sich an. Wo bleibt der Lettow-Vorbeck? Bescheidene Natur hatte es vorgezogen, Ehrungen aus dem Wege zu gehen. Durch einen Seitenausgang hatte er den Bahnhof verlassen. Allmählich wurde es ruhiger, und die Menge zog nach dem „Neumarktschützenhaus", wo General von Lettow-Vorbeck seinen Vortrag an die Hallesche Jugend halten sollte.

Der Saal war überfüllt. Angstvoll betrachtete man die Decken, die unter ihrer Last zusammenzubrechen drohten. Dicht gedrängt, voller Erwartung, harrte die Hallesche Jugend „ihres" Afrikas. Und er kam. Ein nicht enden wollendes Händeklatschen begrüßte ihn. Nach dem Absingen des Liedes „O Deutschland hoch in Ehren" ergriff der General das Wort. Schlicht, klar und bescheiden schilderte er die Heldenkämpfe in Afrika. Wie leuchteten die Augen unserer begeisterten Jugend, als sie diesen Worten lauschten. Fürwahr, es waren Worte, von denen der General berichtete. Und wie selbstverständlich klang dies alles aus seinem Munde. Es war eben „verdammte Pflicht und Schuldigkeit", die dort draußen fern der Heimat einer hundertfachen Uebermacht gegenüber getan ist. Unter unsäglichen Schwierigkeiten wurde die Truppe zusammengestellt, die bis zum Waffenstillstand den Engländern zu schaffen machen sollten. Wenn man sich auch von vornherein in Afrika klar war, daß man auf verlorenem Posten stehe, und einen entscheidenden Einfluß auf den Ausgang des europäischen Krieges nicht ausüben konnte, so wollte man doch Deutschland die Heimat entlasten, indem man möglichst viel feindliche Truppen beschäftigte. Und dies ist auch in vollstem Maße gelungen. Ungefähr dreitausend Weiße und Askari haben gegen hundertzwanzigtausend Mann gekämpft. Von diesen Hundertzwanzigtausend ist es nicht gelungen, die paar Hundert, die zum Teil erst ausgebildet werden mußten und zum Teil aus Schwarzen bestanden, zu überwinden. So haben bei Tanga 1½ Kompagnien den Angriff einer ganzen Brigade abgeschlagen. Des ganze kleine Korps war von einem wunderbaren kameradschaftlichen Geiste erfüllt. Trotz aller Strapazen und trotz unendlicher Schwierigkeiten haben sie es immer wieder verstanden, den Engländern ein Schnippchen zu schlagen. Dies alles ging aus der Rede des Generals hervor.

Mit Begeisterung wurde die Rede von der Halleschen Jugend aufgenommen und mit Begeisterung ertönte der Schlußgesang „Ein Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte". Die Hallesche Jugend hatte einen Tag erlebt, den sie so leicht nicht wird vergessen wird. Sie hatte einen unserer Helden neben sich und sie durfte ihm zujubeln.

Am Abend desselben Tages sprach der General noch einmal im „Neumarktschützenhause". Das Quartett des Philharmonischen Orchesters leitete die Feier mit dem Yorschen Marsch ein. Dann wurde das „Deutschen Kriegers Traum" gespielt, worauf der General seinen Vortrag hielt. Mit derselben Begeisterung, mit der die Jugend am Nachmittag den Worten des Helden gelauscht hatte, wurde seine Rede von den Zuhörern aufgenommen. Begeistert fiel alles am Schluß des Vortrages in den Gesang ein „Ein feste Burg ist unser Gott". Der Abend wurde durch den Vortrag des „Königgrätzer Marsches" vom Philharmonischen Orchester beendigt.

Und heute spricht der General noch einmal um 11¼ Uhr im Walhallatheater. Die begeisterte Aufnahme seiner Vorträge am gestrigen Tage hat bewiesen, von welch ungeheure Bedeutung die Vorträge für Halle sind. Beide Male waren die Säle gefüllt, und auch heute mittag wird das Walhallatheater die Menge kaum fassen können. Wer sich einen Platz sichern will, der muß sich schon frühzeitig nach dem Theater begeben. Die akademische Jugend, vor allem der Waffenring der Deutsche Hochschulring, haben für heute machtvolle Kundgebungen für ihren Helden geplant. Es wird ein Tag sein, der den Hallensern lange in Erinnerung bleiben wird.

Hs.

Zu den Kirchenwahlen

Aus Anlaß der nahenden Kirchenwahlen versammelte der Frankebund seine Mitglieder am Montag abend im Saale des Neumarktgemeindehauses. Pfarrer D. Laible, Schriftleiter und Herausgeber der „Allgem. luth. Kirchenzeitung", sprach über die Frage: „Was erwarten wir von der neuen Kirchenverfassung?" Mit einem Ueberblick begannend über die verschiedenen Vorschläge zur Neuverfassung der Kirche zum Zwecke der Vorgewinnung der ihr fremd gewordenen Massen, zeigte er die Vorschläge zumeist nach links gerichtet sind, wie sie politisch betreffen und darum Kirchenaufbau wirken. Die Ausschaltung der Politik und die Stellungnahme in der Religion zu höchsten Gesichtspunkten und zum Herrn der Kirche, das sei unser einziges Erziehungsziel führen. Aus dem umfangreichen Gebiet der kirchlichen Fragen hob Redner hervor die Bekenntnisgrundlage der Kirche. Um der Erhaltung der Volkskirche willen glauben viele auf die Bekenntnisgrundlage der Kirche verzichten zu sollen. Doch ist dadurch die Volkskirche nicht zu halten. Die Volkskirche ist in der Bibel nicht genannt, wohl aber die Bekenntniskirche. Für die christusgläubigen Minderheiten forderte der Redner die Lockerung des Parochialzwanges, so daß einzelne Glieder einer Gemeinde, die um des Gewissens willen einen Pastor einer anderen Gemeinde aufsuchen, von diesem auch von Amts wegen innerhalb ihrer eigenen Gemeinde geistlich bedient werden dürfen. Einer größeren Zahl christusgläubiger Gemeindeglieder muß es auf ihren Antrag durch die Kirchenbehörde ermöglicht werden, einen Pastor ihrer Richtung zu ihrer geistlichen Versorgung von auswärts rufen zu können. Eine Versäumnis nach dieser Richtung würde die Gefahr einer Kirchenabsonderung heraufbeschwören.

Hinsichtlich des Religionsunterrichts muß die Kirche dafür sorgen, daß er bekenntnismäßig ist. Da weder der Staat noch die Schule in der Lage sind, Sicherheiten dafür zu bieten, daß der Religionsunterricht nach verfassungsmäßigem Rechte, in Uebereinstimmung mit der Kirche erteilt wird, so muß die Kirche durch eine Amtsstelle bestehend aus Gliedern der Pfarrer-, der Lehrer- und der Elternschaft selbst dafür sorgen. Der Religionsunterricht muß die Kinder zu Gott führen und sie die Gebote Gottes halten lehren. Wir können auf den Katechismus nicht verzichten, denn er ist das geschichtliche Band zwischen der Kirche und der Reformation und der Kirche der Gegenwart, und er ist die volkstümliche Bekenntnisschrift. Wenn der Katechismus von der Mehrzahl der Lehrer als für den Unterricht unbrauchbar gehalten wird, so ist das die Bankrotterklärung der modernen Pädagogik. Die Kirche hat für Religionslehrer zu sorgen entweder durch Mitwirkung bei der Lehrerbildung in den staatlichen Anstalten oder durch Errichtung von kirchlichen Religionslehrerseminaren.

Ueber die Notwendigkeit unserer Mitarbeit an den Kirchenwahlen und ihre Wichtigkeit für die Entwicklung der Volkskirche sprach Pfarrer Bach. Große Gemeinden werden bis zu 72 Vertreter zu wählen haben, wir weisen deshalb erneut auf die Wichtigkeit der Kirchenwahlen hin. Wer sich an der Wahl beteiligen will, muß in der neuen Wählerliste stehen. Die Frist zur mündlichen oder schriftlichen Anmeldung läuft für Halle noch bis zum 21. November.

Nach einer kurzen Besprechung fand die Versammlung mit dem Gesang der Liedstrophe „Herr, dein Wort, die edle Gabe" ihren Abschluß.

Die Schuldfrage

Ein Wort zum Bußtag.

Es ist still geworden von der seiner Zeit mit soviel lärmendem Geschrei und pharisäischem Behagen seitens der Demokratie eingeleiteten und begleiteten Tätigkeit jenes parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Ermittelung alles dessen, was man so gemeinhin „Schuld" zu nennen beliebte — Schuld an der Verlängerung des Krieges, Schuld an dem Verlieren des Krieges und wie die Schuldfragen alle sonst noch lauten. Ob jenes Schuldtribunal seine Arbeit für immer eingestellt hat, weiß ich nicht, aber das Eine weiß ich, es gibt kein traurigeres und gemeingefährlicheres Handwerk als das Schuldschiebertum. Wir leben ja freilich in einer Zeit, da das Schiebertum — trotz aller behördlichen Maßnahmen — noch immer blüht. Alles wird in Deutschland geschoben und verschoben — Lebensmittel und Kohle, Geld und Ware. Ist es da ein Wunder, daß auch die „Schuld" — die Schuld an der unseligen und heillosen deutschen Jagd der Gegenwart — hin und her geschoben wird — von einem Stand auf den andern, von einer sozialen Volksschicht auf die andere — immer hin und her, und her und hin? Nur kommt aus diesem Schiebertum nichts an Gewinn heraus, für Deutschlands Zukunft — und wir brauchen eine neue deutsche Zukunft — ist damit kein Geschäft zu machen. Ehe diesem elenden pharisäischen Schuldschiebertum nicht ein Ende gemacht wird, wird keine feste seelische Grundlage für ein deutsches Volksleben geschaffen. Nicht Selbstgerechtigkeit predigt der deutsche Zusammenbruch, sondern Selbstgericht. Nicht ein Pharisäertum bringt uns zu einem neuen Aufstieg, sondern nur ein allgemeines Armesündertum. Nicht ein hochmütiges Auseinanderzeigen mit dem den andern verklagenden „Du", bringt neue Lebensmöglichkeiten und Lebensnotwendigkeiten, sondern nur ein demütiges An-die-eigene-Brust-schlagen, mit dem sich selbst schuldig sprechenden „Ich!"

Das ist es, was heute lauter denn je die Bußtagsglocken läuten, was die heilig harte Faust Gottes in das deutsche Volksgewissen hämmern möchte — jenes Bekenntnis eines Schenkendorf: „Wir haben alle schwer gesündigt . . . Da ist nicht einer ohne Tadel, nicht Fürst noch Volk, nicht Bürger oder Adel!" Noch hängt sie nachtschwarz und nachtschwer wie eine düstere Gewitterwolke über der deutschen Erde — diese Schuldfrage — und immer neue Blitze zucken hernieder. Gewitter pflegen die Luft zu reinigen. Und reine Luft, neue, frische Luft brauchen wir in Deutschland zum Leben — zu einem neuen Leben. Ob sie kommen wird — als ein „Segen der Sünde" kommen wird? Gott weiß es. Allgemeine Volksbußen gibt es nicht. Massenbußen sind keine weltgeschichtlichen Möglichkeiten und Wirklichkeiten — auch nicht in Deutschland. Aber darum eben ergeht an die „anständige Minderheit" doppelt ernst der Mahnruf Gottes zur Selbsterkenntnis, zum Selbstgericht, zur inneren Umkehr, zur heiligen Umkehr — zur Buße. Damals, vor mehr als 100 Jahren, fing Preußens und Deutschlands innere sittliche Wiedergeburt mit jenem Bußbekenntnis der edlen Königin Luise, der Märtyrerin auf dem Thron, an: „Es wird mir immer klarer, daß alles so kommen mußte, wie es gekommen ist. Die göttliche Vorsehung leitet unverkennbar neue Weltzustände ein . . . Gewiß, es wird besser werden . . . aber es kann nur gut werden, in der Welt durch die Guten . . . Wir müssen durch! Sorgen wir nur dafür, daß wir mit jedem Tage reifer und besser werden!" Das ist der Hoheruf für ein verelendetes und entseeltes Volk der Tiefe auch heute noch. Nur wo die allgemeine Schuldfrage von den „Guten" eines Volkes persönlich unter dem Kreuz Jesu Christi gelöst wird, da gibt es einen Sonnenaufgang, da zuckt nicht mehr der vernichtende Blitz „vergebends", da leuchtet der Regenbogen des Friedens und die Kraft „Vergeben!" Da feiert die göttliche Majestät einen neuen Lebenstriumph in einer Volksgeschichte.

Familien-Nachrichten

Geboren: E. Sumpf (Turbar).

Verlobungen: Mathilde Tieger und Paul Dyck. — Charlotte Schmidt und Fritz Lange.

Vermählung: Josef Burghardt und Marie Hennig.

Todesfälle: Am 15. Nov. Richard Haase im 71. Lebensjahr. — Am 14. Nob. Oscar Grauert im 65. Lebensjahr. — Am 14. Nov. Lina Fernschild geb. Lange im 64. Lebensjahr. — Am 14. Nov. Marie Weber geb. Mieseler im 52. Lebensjahr. — Am 15. Nov. Gustav Just im 76. Lebensjahr. — Am 15. Nov. Minna Camnitius geb. Schrader im 72. Lebensjahr.

— Die Deutschnationale Studentengruppe, die in den verflossenen Semestern eine überaus rege Tätigkeit entfaltet hat, beginnt ihr Wintersemester am Donnerstag abends 8 Uhr in der „Tulpe" mit einem Vortrage über „Die deutsche Volksgemeinschaft", den Dr. A Wischniewski halten wird. Zu dieser Versammlung sind nicht nur Mitglieder der deutschnationalen Studentengruppe, sondern auch als Gäste alle deutschgesinnten Studentinnen und Studenten eingeladen.

Provinz Sachsen

Das Urteil im Cöthener Kommunistenprozeß

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.".)

s. Dessau, 16. November.

In dem zweiter Cöthener Kommunistenprozeß wurde heute abend 7 Uhr das Urteil gesprochen. Es erhielten: Boas 1 Jahr 6 Monate, Konrad 9 Monate, Schönemann 5 Monate, Schmidt und Grimm je 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Fischauer, Gebert und Schneidewind wurden freigesprochen. Am Donnerstag beginnt vor dem gleichen Ausnahmegericht des Reichswehrgruppenkommandos I der dritte Cöthener Kommunistenprozeß gegen den vermeintlichen Hauptanstifter des Putsches, Mehnert-Magdeburg, sowie gegen zehn weitere Beteiligte an den Unruhen in Schönebeck und gegen den Arbeitersekretär Lemck-Halle.

*

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Thiele erklärt, Boas habe in dem Cöthener Putsch eine Führerstellung eingenommen. — Landgerichtsrat Dr. Meyer hat Grimm unmittelbar nach seiner Verhaftung wegen Meineids in der ersten Verhandlung vernommen und erklärt. Grimm habe den Meineid eingestanden und einen glaubwürdigen Eindruck auf ihn gemacht, allerdings könne er nur auf Grund einer Vernehmung urteilen. — Niklas bekundet, Boas hätte „die Sache in der Hand gehabt", auch Leute durch Handschlag verpflichtet und den Befehl gegeben, das Gefängnis zu öffnen. — Boas erklärt, die Menge habe ihn zu alledem gedrängt. — Fuchs will durch Boas verpflichtet worden sein. — Auch Schröder ist von Boas und Berg durch Handschlag verpflichtet worden. Wenn eine militärische Oberleitung vorhanden gewesen sei, so müsse sie sich aus Boas, Konrad und Schönemann zusammengesetzt haben. — Zabel erklärt, er halte weder Boas noch Konrad oder Schönemann für die eigentlichen Urheber des Putsches. Dagegen habe Berg zum Loschlagen animiert. Boas habe damals auch erklärt, Berg habe das Telegramm, das Loschlagen befahl, aus Magdeburg mitgebracht. Der Zeuge gibt auch seinem Mißtrauen gegenüber Mehnert Ausdruck, der offenbar ein sehr verdächtiger Kommunist sei. — Laube bekundet. Boas habe die Leute verteidigt. Schönemann gehörte zum Stabe, Konrad sei Gruppenführer gewesen. Boas habe ihm, Laube, den Befehl gegeben, die Gefängnisgefangenen auszuschreiben. — Polizeiwachtmeister Hoppe erklärt, Konrad habe im Auftrage der Menge die Verhaftung zweier Polizisten verlangt. Boas habe das abgelehnt und hinzugefügt: „Bedenkt, daß ich den, der sich meinen Anordnungen nicht fügt, erschießen kann."

Leutnant Krähe von der Sipo in Halle nimmt Bezug auf ein Rundschreiben Borrmanns an die Vorsitzenden der K. A. P. D. in Mitteldeutschland, in dem Borrmann diese auffordert, eine Kampforganisation ins Leben zu rufen. Borrmann bestätigt, daß er dieses Rundschreiben erlassen hat. Der Angeklagte Schmidt richtet die Frage an den Zeugen, ob seiner Ansicht nach Beweis erbracht sei, daß in Halle eine Kampforganisation besteht. Leutnant Krähe erwidert, Beweise, die den Behörden ein Einschreiten ermöglichen würden, seien nicht vorhanden. Schmidt fragt weiter, ob die Sipo in Halle Agenten beschäftige? Zeuge: Dafür sind Beamte da. Schmidt: Haben diese Beamte den Auftrag, provokatorisch vorzugehen? Zeuge: Nein.

Der Zeuge Schulze-Halle gehörte zu dem Kommando, das die Waffen in der Dölauer Heide in Empfang nahm und nach Liesfau brachte. Er erkennt Schneidewind mit Bestimmtheit wieder. — Arbeiter Dietrich vom Spartakusbund in Cöthen erklärt, seine Partei habe den Putsch nicht mitgemacht, weil sie den Zeitpunkt zum Loschlagen noch nicht für gekommen hielt. — Ficker bestätigt, daß Boas Führer gewesen sei. — Boas gibt schließlich zu, Leute verpflichtet zu haben, Konrad und Schönemann hätten aber dasselbe getan. — Konrad erklärt, er habe, ebenso wie Schönemann, Vereidigungen vorgenommen aber nur um Plünderungen zu verhüten.

Boas beantragt, Mehnert-Magdeburg als Zeugen zu laden, um Klarheit zu schaffen, ob er, Angeklagter, durch Mehnert oder Berg irregeführt worden sei oder ob er selbständig gehandelt habe. — Rechtsanwalt Müller-Halle beantragt die Ladung des sozialdemokratischen Landrats Thiele-Halle und des politischen Redakteurs des Halleschen „Volksblattes", die bekunden sollen, daß in der Zeit, in der sich die Vorgänge abspielten, tatsächlich Gerüchte über einen bevorstehenden Rechtsputsch im Umlauf waren.

Die Leutnants Giesen, Hansen und Oswald vom Garnisonkommando Halle, die auf Antrag des Angeklagten Schmidt telegraphisch geladen worden sind, um über die Agententätigkeit Grimms Aufschluß zu geben, sind in Halle nicht aufzufinden.

Deutschnationaler Landesparteitag in Erfurt

Der zweite Parteitag des Landesverbandes für Thüringen der Deutschnationalen Volkspartei findet am 24. und 25. November im „Kaisersaal" zu Erfurt statt. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten werden eine Reihe Vorträge gehalten u. a. vom Generalsekretär Rüffer-Berlin über „Die Arbeiterfrage und die Deutschnationale Volkspartei", Abg. v. Eichel-Streiber-Eisenach über „Die Lage in Thüringen", Abg. Fuchs-Erfurt über „Die Lage in Preußen", Abg. Gräf-Eisenach über „Die Lage im Reich", Abg. Lavergne-Berlin über „Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches", Dir. Bohnenstaedt-Nordhausen über „Deutschnationale Kulturpolitik" und Studienrat Ulrike Scheidel-Berlin-Halensee über „Die Arbeit der Frau in der Deutschnationalen Volkspartei".

Dem Parteitag geht eine Sitzung des erweiterten Vorstandes am 23. November voraus.

n. Hohenmölsen, 15. Nov. (In der letzten Stadtverordnetensitzung) wurde mitgeteilt, daß man zwischen Werk und Gesamtsumme der Einzelabler einen Stromverlust von 12 601 KW festgestellt hat. Man kam zu der Ueberzeugung, daß unter allen Umständen elektrische Energie unbefugt und ohne Bezahlung verbraucht wird. Es sollen alle Brennstellen genau revidiert und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. — Ferner wurde der Preis für das städtische Leitungswasser auf 80 Pfg. pro Kubikmeter erhöht.

y. Nordhausen, 15. Nov. (Ein oberschlesischer Opiertag) mit zwei Konzerten, einem Festakte, einer Hausfestfolge, einem Kuchenverkaufe und einem Familienabend wurde gestern hier von der Ortsgruppe Nordhausen des Verbandes heimatstreuer Oberschlesier veranstaltet. Der einen ernsten, ei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0005

habenden Verlauf nahm. Nach einer Festrede des Dr. A. Just aus Breslau nahm die Versammlung eine Entschließung an, in welcher die Durchführung der Abstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages von Versailles, die Zulassung zur Abstimmung nicht nur der eingesessenen, sondern auch der im Deutschen Reiche wohnenden Oberschlesier, gefordert und von den Polen und Franzosen verlangt wird, im Abstimmungsgebiete Neutralität zu üben und völlige Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Alle Loslösungsbestrebungen Oberschlesiens von Deutschland sind zu bekämpfen.

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

17. November 1887 geb. zu Weimar Assessor Dr. iur. Georg Haar, Schriftsteller in Oberweimar.

18. November 1844 geb. zu Greifenberg in Pommern Geh. Regierungsrat Dr. phil., Dr. med. h. c. Albert Wangerin, 1882—1919 o. Prof. für Mathematik an der Univ. Halle, 1910/11 deren Rektor. — 1857 geb. zu Halle Schriftsteller Adolf Thiele, Redakteur der „Bode-Zeitung" in Oschersleben. — 1876 geb. zu Berlin Dr. iur., Dr. phil. Georg Brodnitz, a. o. Prof. für Nationalökonomie an der Univ. Halle. — 1893 habilitierte sich in München Geh. Regierungsrat Dr. phil. Richard Fester, o. Prof. für Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Univ. Halle (geb. 20. 9. 1860 Frankfurt am Main).

19. November 1874 geb. zu Stendal Dr. phil. Otto Borngräber, Schriftsteller in Berlin. — 1896 gest. zu Wernigerode Otto Fürst zu Stolberg-Wernigerode, Politiker und Staatsmann.

20. November 1602 geb. zu Magdeburg Otto v. Guericke, berühmter Physiker. — 1850 geb. zu Meiningen Dr. rer. nat. Oskar Daebner, 1884—99 a. o. und 1899—1907 o. Prof. für pharmazeutische Chemie an der Univ. Halle. — 1894 gest. zu San Martino in Ligurien (Italien) Carl August Erbgroßherzog von Sachsen.

21. November 1865 geb. zu Luther am Barenberge Prof. Dr. phil. Franz Fuhse, Direktor des städtischen Museums in Braunschweig, Kunstschriftsteller und Germanist. — 1873 geb. zu Nastatt Dr. phil. Kurt Jahn, 1908—13 Privatdozent und 1913 bis 1915 a. o. Prof. für deutsche Philologie an der Univ. Halle (gest. 22. Mai 1915 als Hauptmann der Reserve und Kompanieführer nach schwerer Verwundung, die er am 20. 5. 1915 bei Willekem in Flandern erhalten hatte).

---

y. Nordhausen, 15. Nov. (Großfeuer.) Gestern wurde ein Gebäude der früheren Tapetenfabrik am Alten Tore, in dem sich mehrere Geschäfte befanden, von einem größeren Schadenfeuer größtenteils verwüstet, wobei die Inhaber der in dem Gebäude befindlichen Geschäfte ansehnlichen Schaden erlitten. Bei den Reinigungs- und Löscharbeiten wurden leider auch 3 Männer Feuer und 2 andere leichter durch herabstürzende brennende Balken verletzt. — Wegen der jetzt herrschenden großen Trockniß und Regenlosigkeit ist der Wasserinhalt des Stausees der städtischen Talsperre derartig stark verringert worden, daß unserer Stadt baldiger Wassermangel droht. Der Magistrat ersucht dringend die Bürgerschaft um Einschränkung der Wasserentnahme aus der städtischen Wasserleitung.

n. Cöthen, 16. Nov. (Einen Raubüberfall) führten gestern vier jugendliche Arbeiter in der Dessauer Straße aus. Sie fielen über der ihnen entgegenkommende Polytechniker her und schlugen in roher Weise auf diese ein. Drei der Ueberfallenen konnten fliehen, der vierte brach bewußtlos zusammen. Er wurde von den Strolchen noch ein Stück weggeschleppt und dann seiner Barschaft von über 100 Mark, Uhr, Handschuhe, Stock usw. beraubt. Die Beute teilten sich die Straßenräuber. Im Laufe des Tages wurden sie aber von der Polizei ermittelt und festgenommen.

— Clausthal, 15. Nov. (Die hiesige Eisenbahnkommission) hat an den Eisenbahnminister die Eingabe gerichtet, den Bau der Gebirgsbahn Clausthal—Osterode, die bereits vor dem Kriege abgesteckt war und in ihren Plänen fertig vorlag, nunmehr zu beginnen, da die Notwendigkeit trotz der hohen Kosten unbedingt feststehe.

— Jena, 15. Nov. (In der städtischen Verwaltung) wird jetzt der jeder Anforderung streng geprüft ob sich die Ausgaben nicht beschränken oder vermeiden lassen. Auch der Gemeinderat nimmt in diesem Sinne zu den Vorlagen des Gemeindevorstandes Stellung. Gegenwärtig wird die Frage erörtert, ob die Stelle des Zweiten Bürgermeisters, die schon seit Jahren verwaist ist, nen besetzt werden soll. Im Gemeinderat kam durch den Berichterstatter des Verwaltungsausschusses zum Ausdruck, daß man von der Neubesetzung der Stelle absehen solle.

o. Gotha, 15. Nov. (Der Haushaltsplan der Stadt) weist einen Fehlbetrag von 4 500 000 Mark auf. Zu seiner Deckung sollen die meisten städtischen Steuern eine erhebliche Erhöhung erfahren. Man plant, durch Erhöhung der indirekten Steuern rund 850 000 Mark zu erheben und die direkten Abgaben derart zu steigern, daß noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 1¼ Millionen Mark verbleibt. Unter den direkten Steuern erscheint die Grundsteuer mit 400 000 Mark, die Gewerbesteuer mit 1 500,00 Mark, der Anteil an der Reichseinkommensteuer mit 4 720 000 Mark und die Gemeindeeinkommensteuer mit 1 500 000 Mark. Zur Deckung des Fehlbetrages soll der in günstigeren Jahren geschaffene Ausgleichsstock, welcher 1 810 000 Mark enthält, herangezogen werden. Die Grundsteuer soll mit einem Mehr von 880 000 Mark eingesetzt werden, da der Steuersatz von 1 vom Tausend auf 3 vom Tausend erhöht ist.

o. Gotha, 15. Nov. (Dem Thüringer Landtage) ging eine Vorlage zu, welche sich mit der Schaffung einer Staatspolizei für Thüringen befaßt. Es ist eine Truppe von 1200 Mann vorgesehen, welche in Altenburg, Gotha, Gera, Weimar und Hildburghausen stationiert werden soll. Zum Schutz der Wartburg wird nach Eisenach ein besonderes Kommando verlegt werden. Es kommen nach Weimar fünf Fußstaffeln und eine berittene Staffel, nach Gotha 4, nach Hildburghausen, Gera und Altenburg je 3 Fußstaffeln. Eine Fußstaffel umfaßt einen Polizeileutnant und 60 Mann.

— Gera, 15. Nov. (Gefälschte Zuckermarken.) In den letzten Tagen sind in den hiesigen Zuckerverkaufsstellen eine größere Menge gut nachgemachter Zuckermarken zur Einlösung gelangt. Der Kriminalabteilung gelang es, die Vertreiber dieser Marken zu ermitteln und festzumehmen. Bei zweien der Festgenommenen wurden bei vorgenommenen Haussuchungen etwa 7 Zentner Zucker, sowie weitere Marken vorgefunden. Zucker und Marken wurden beschlagnahmt. Die Hauptbeteiligten wurden dem Gericht zugeführt.

— Schmalkalden, 15. November. (Ein bedauerliches Unglück) ereignete sich kürzlich vor der Knabenbürgerschule. Der 13jährige Gerbe hatte ein Gewehr mit Sprengkapseln mitgebracht. Er bohrte mit einem Wichsenpfriemen an einem der Kapseln herum. Die Kapsel entlud sich und zerschmetterte dem Jungen die linke Hand, so daß sie gestern Abend noch im Krankenhause amputiert werden mußte. Die übrigen in der Nähe befindlichen jungen Leute wurden durch den Luftdruck zu Boden geworfen und erlitten durch die Splitter teilweise leichtere Verletzungen.

— Leipzig, 15. Nov. (Erschossen.) Heute nacht wurde der Mitinhaber einer Schächterei im Hause Alt-Moabit 132 durch ein verdächtiges Geräusch aus dem Schlafe geweckt. Als er darauf die Geschäftsräume durchsuchte, bemerkte er einen Mann, der mit einem Stein die Schaufensterscheibe eingeschlagen hatte und eben im Begriff war, die ausgelegten Fleischwaren einzusacken. Er rief den Einbrecher an. Der Ueberraschte aber schoß plötzlich eine Pistole und legte auf den Geschäftsinhaber an. Der Fleischermeister kam ihm jedoch zuvor und gab aus seinem Revolver zwei Schüsse auf den Einbrecher ab, von denen einer tödlich war.

— Leipzig, 15. Nov. (Schwere Ausschreitungen gegen einen Soldaten. Kürzlich hörte ein Schutzmann vom Königsplatz aus in der Windmühlenstraße einen wüsten Menschenlärm. Er eilte sofort dorthin und sah, wie eine Horde empörter Menschen einen blutüberströmten Reichswehrsoldaten vor sich herrieb. Als der Beamte versuchte, den anscheinend schwerverletzten Soldaten aus den Händen seiner wütenden Peiniger zu befreien, richtete sich die Wut auch gegen ihn selbst. Er wurde geschlagen und ihm der Helm vom Kopfe gerissen. Der zu Boden gerissene und seines Seitengewehres beraubte Soldat wurde mit Fäusten bearbeitet und mit Füßen getreten. Trotz der Uebermacht gelang es dem Schutzmann, den Soldaten bis zur Ecke des Peterssteinweges zu bringen, wo eine Anzahl durch einen Zuschauer aus der nahen Polizeiwache hinzugerufene Polizeibeamte beide von der Menge befreiten und die Verfolgung der Täter aufnahmen. Drei der Täter konnten festgenommen werden, zwei weitere am anderen Tage.

— Leipzig, 15. Nov. (Die wertvolle Bücherei Wilhelm Wundts) ist in den Besitz des Antiquariats von Alfred Lorentz, Leipzig, übergegangen. Wie wir hören, soll die Bibliothek nicht in das Ausland verkauft werden, sie wird in verschiedenen Einzelkatalogen, der Anordnung der „Völkerpsychologie" entsprechend, angeboten werden.

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft

Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. F. Haber.

In diesem Frühjahr sind die 5 deutschen Akademien, die Universitäten und technischen Hochschulen übereingekommen, eine Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unter der Leitung des inaktiven preußischen Staatsministers Dr. F. Schmidt-Ott zu begründen. Am 30. Oktober sind diese wissenschaftlichen Körperschaften mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, dem Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine und der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte in der preußischen Staatsbibliothek in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Satzung der Notgemeinschaft beschlossen und ihre Organe gewählt worden sind. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die die Rechtsform des E. V. angenommen hat, will die ihr von öffentlicher und privater Seite zufließenden Mittel in der dem Gesamtinteresse der deutschen Forschung förderlichsten Weise verwenden und durch die in ihrem Kreise vertretene Fachkunde und Erfahrung zur Erhaltung der lebensnotwendigen Grundlagen der deutschen Wissenschaft wirken. Ihre Fürsorge ist hiernach nicht auf die Mitglieder beschränkt, wie andererseits die Zugehörigkeit als Mitglied keinerlei Vorzugsrechte gewährt.

Die Lage, die zu solchem Schritte gedrängt hat, ist bekannt. Die Gedanken, die der neuen Organisation zugrunde liegen, werden das allgemeine Interesse erwarten dürfen. Die Erkenntnis des unermeßlichen Schadens, der droht, hat die Bereitwilligkeit des Reichsfinanzministers geweckt, trotz der fürchterlichen Wirtschaftslage zu helfen; der Reichsrat hat sich einmütig seinem Vorschlage angeschlossen, estimalig in den laufenden Etat 20 Millionen Mark einzusetzen; die Zustimmung des Reichstages wird erhofft. Die Summe von 20 Millionen Mark ist gegenüber dem Bedürfnis sehr klein, sie macht etwa 8 Prozent aus von dem, was die Länder derzeit laufend herausgaben, um den Lehrbetrieb der Hochschulen fortzuführen. Sie würde ohne Wirkung in dem Loche verschwinden, das sich aufgetan hat, wenn sie vom Reich schlüsselmäßig an die Länder verteilt würde. Deshalb wird sie dem Reich nicht den Hochschulstaaten, sondern mit deren vollem Beifall dem neuen wissenschaftlichen Selbstverwaltungskörper übergeben, dem die Einsicht und Kraft zugetraut wird, sie mit einem besonders hohen Wirkungsgrade zu verwenden.

Es scheint, daß das Vorgehen des Reiches die Bereitwilligkeit zu ähnlicher Hilfeleistung bei den Freunden des Deutschtums im Ausland weckt. Würde, Ansehen und Erfolge sind im Auslande durch einen disziplinlosen Bettel einzelner wissenschaftlicher Stellen in den letzten 1½ Jahren gleichgeitig zu Schaden gekommen. Die Zusammenfassung aller Bestrebungen in der Notgemeinschaft aber läßt jetzt im Auslande die Ueberzeugung wieder wach werden, daß dem deutschen Wissenschaftsbetriebe wegen der Unentbehrlichkeit Deutschlands in der Kulturgemeinschaft der Völker und in ihrem Wirtschaftszusammenhange in würdiger Weise geholfen werden muß.

Wie aber wird die deutsche Wissenschaft innerhalb dieses Selbstverwaltungskörpers den Ausgleich zwischen dem immer stärker hervortretenden Bedürfnis und dem Zuflusse an Mitteln finden, der auch bei größter Gebewilligkeit sicherlich unzulänglich bleibt? Die Notgemeinschaft antwortet auf diese Frage mit einem Statut, das für ihren inneren Aufbau zwei Gesichtspunkte voranstellt. Auf der einen Seite wird die gesamte Breite des Wissenschaftslebens gegliedert in vorerst 20 Fachkreise, deren Angehörige je durch einen Fachausschuß bei der Notgemeinschaft mit ihren Bedürfnissen zur Sprache kommen. Diese Fachausschüsse sollen so gebildet werden, daß die Gesamtheit der in der Forschung tätigen Männer des Fachkreises in dem Fachausschuß ihre berufene Vertretung erblickt. Stellung, Jahre und wissenschaftliches Ansehen, das der eine vor dem anderen voraus hat, dürfen nicht dazu führen, daß eine einzelne Gruppe von Männern für die Zusammensetzung des Fachausschusses allein bestimmend wird. Solche Fachausschüsse lassen sich nicht aus dem Boden stampfen, die Organisation der Notgemeinschaft aber muß sofort im Kraft treten. Deshalb sieht das Statut vor, daß die Fachausschüsse für das erste Jahr ernannt werden und daß im Laufe dieses Jahres das zweckmäßigste Wahlverfahren geprüft und vorbereitet wird. In diesen Fachausschüssen wird eine große moralische Kraft liegen. Sie sind berufen, die Sparsamkeit und Einschränkung im eigenen Hause zur Geltung zu bringen und zugleich die unentbehrlichen Forderungen mit dem Nachdrucke des ganzen Faches zu vertreten. Die Verwaltungsmacht und die Verantwortlichkeit aber kann innerhalb der Notgemeinschaft nicht bei den Fachausschüssen als bei Gilden ruhen, die sich erst gestalten und in ihre Aufgabe hineinfinden müssen. Ihr Träger können nur die alten wissenschaftlichen Körperschaften sein, die zur Begründung der Notgemeinschaft zusammengetreten sind, ihre Mitglieder darstellen und zur Führung der Geschäfte ein Präsidium und einen Hauptausschuß bestellt haben. Das Präsidium, bestehend aus dem vom einmütigen Vertrauen an die Spitze gestellten inaktiven preußischen Staatsminister Dr. Schmidt-Ott, aus dem Geheimrat von Dyck (München) als ersten und dem Verfasser dieser Zeilen als dem zweiten Stellvertreter, schließt in sich den Vorsitzenden, den sich der Hauptausschuß in der allverehrten Person des Geheimrats von Harnack gewählt hat. Der gewählte Hauptausschuß besteht aus 11 führenden Gelehrten und einer gleichen Anzahl von Stellvertretern.

Neben den Fachausschüssen und dem Hauptausschuß bildet die Notgemeinschaft besondere Kommissionen, in denen die bei den Fälle der Fragen die nicht rein fachlicher Art sind, auf hervorragende wissenschaftlich sachkundigen, außerhalb der deutschen Wissenschaft stehenden Freunde zählt. Bei der Verteilung der Mittel muß für die Notgemeinschaft das Bedürfnis dann in Vordergrunde stehen, wenn es von einem breiten Wissenschaftskreis empfunden wird. Es gibt in Deutschland blühende wissenschaftliche Spezialitäten, deren Erhaltung wichtig ist. Die Notgemeinschaft wird ihnen aber nur dann helfen können, wenn die Mittel dafür besonders zugewendet werden.

Ein anderer Grundpunkt ist, daß die Notgemeinschaft nur allgemeinen weder Gebäude aufrichten, noch Heizungsanlagen tragen oder Gehälter an einzelne Forscher bezahlen kann. Es muß, von ganz besonderen Fällen abgesehen, vorausgesetzt, daß der Leerlauf der wissenschaftlichen Maschinerie, in den sie eingreift, von anderer Stelle, in erster Linie von den Landesregierungen, bestritten wird. Der Umfang der Mittel, die erhofft, erlaubt ihr nicht mehr als die Aufgabe, die dadurch eintritt, daß für bestimmte Forschungsaufgaben Mittel gegeben werden. Die Aufgabe wird im allgemeinen zum Fachausschuß empfohlen und dem Hauptausschuß gebilligt werden müssen. Es darf in diese Instanzen das Vertrauen gesetzt werden, daß sie sich von jeder Kleinlichkeit fernhalten. Die Mittel werden im Einzelfalle so zu bemessen sein, daß sie über die Sachausgabe hinaus persönliche Bedürfnisse befriedigen, die von der Erfüllung der Sachaufgabe nicht zu trennen sind. Auf diese Weise wird die Fürsorge für den Nachwuchs mit der Förderung wissenschaftlicher Sachaufgabe verbunden. Wesentlich aber ist, daß die Gewährung der Mittel ihren Ausgang nicht von der Person und Bedürftigkeit, sondern von der Sache und ihrem wissenschaftlichen Werte nimmt.

Zu dritt ist hervorzuheben, daß jede Arbeitsbereitwilligkeit von Präsidium und Hauptausschuß hilflos ertränkt würde in der andringenden Flut von Geschäften, wenn nicht die Fachausschüsse sich der Einzelfragen mit allem Nachdrucke annehmen und die Richtlinien für die zweckmäßigste Verwendung der Mittel entwerfen und unter Berücksichtigung der vorliegenden Anträge Verteilungspläne aufstellen würden. Unvermeidlich ist, daß der Einzelfach dort leidet, wo der Fachausschuß seinen Bedürfnissen nicht das erforderliche Interesse zuwendet.

Ihre wichtigste schöpferische Tätigkeit aber wird die Notgemeinschaft in den Kommissionen zu entfalten haben. In ihnen soll durch neue organisatorische Leistung im Zusammenhange mit der Wirtschaft verbilligte Beschaffung, vereinfachte Befriedigung der Bedürfnisse angestrebt werden.

Die Satzung der Notgemeinschaft wird demnächst in der Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, die auch in Zukunft für die Veröffentlichungen der Notgemeinschaft in Aussicht genommen ist, der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Vom Büchertisch

— Hermann Bloch: „Wein und Brot" (Preis geheftet 12,50 Mk., gebunden 18 Mk.) Kunstwart-Verlag Georg D. W. Callwey, München. Dieser dünne, doch eng gedruckte Band Gedichte bedeutet ein Lebenswerk, ein Lebenswerk, das Hermann Bloch, der pommersche Dichter und Kritiker — als letzter seit langem wegen seines tief eindringenden Ernstes in seiner Heimat geschätzt —, hat diese Gedichte in den langen Jahren eines schweren arbeitsvollen Lebens reifen lassen. Er hat lange mit der Herausgabe der Sammlung gezögert, erst die freudige Anerkennung eines so wählerischen Kenners wie Arno Holz hat ihn veranlaßt, der Oeffentlichkeit dieses Buch, an dem seine Seele hing und in dem kein Vers aus einer flüchtigen Laune entsprungen zu übergeben. Nun schwebt ein Duft reiner schwerer Erde über dem Buche eines Mannes, der von Grund aus eine ernsthafte, abgerundete, in sich ruhende Persönlichkeit ist. Mit Ruhe und Ergriffenheit wird man diese Gedichte lesen, die ein reiches Innenleben spiegeln, der Wandel und das Werden eines mit sich und dem Schicksal ringenden ernsten Geistes, der in Leid und Sorgen immer wieder den Frohsinn, die lachende Freude des Lebens, an der Natur, an der Heimat, am Herdglück, an den Menschen seiner Dichter und Künstler fand.

— Im Volksvereinsverlag G. m. b. H. München-Gladbach sind erschienen: Arabische Märchen. Im Morgenland gesammelt. Von Hella Moro. Preis geb. 4,50 Mk. Der orientalische Reichtum der Bilder prägt sich hier in der Fülle und Mannigfaltigkeit der Verwandlungsformen aus, so daß jedes einzelne Märchen eine spannungs- und zugleich humorvolle Unterhaltung bietet. — Vorm Kachelofen. Von Dr. Clemens Wagener. Preis 4,50 Mk. Der Verfasser, bekannt durch die entzückenden, an feinen, tiefen Gemütszügen so reichen Geschichten „Kinder untereinander" gibt uns hier wieder eine Reihe köstlicher Darstellungen aus der Natur- und der Kinderwelt, die durch ihren Ideengehalt und ihre unnachahmliche Form Jung und Alt erfreuen. — Die Wuppermännchen und ihre Freunde. Von Hanna Klausener. Mit Umschlagzeichnung von Peter Abelen. Preis 4,50 Mk. Unter den für die Kinderwelt und Kinderfreunde erschienenen Büchern des Volksvereinsverlags sind die Wuppermännchen als eine allerliebste Sammlung aus dem Kinderleben einer Familie hervorzuheben. — Die heiligen zwölf Nächte. Nach alten Legenden von Carl Werner. Preis 4,50 Mk. Eine Welt voll tiefer Poesie, voll ergreifender Schönheit tut sich in diesen Legenden vor uns auf. — Das gelbe Glückwunschbuch. Glückwunschgedichte, Festdeklamationen für Familie und Schule. Von Emil Ritter. Preis 7,50 Mk. — Das gelbe Festspielbuch. Festspiele für Familie und Schule. Von Emil Ritter. Preis 2 Mk.

— Die Niederlage des Bolschewismus, der Verfall der Ententeherrschaft sind erfreuliche Angeichen für die Unhaltbarkeit der revolutionären Weltanschauung. Trotzdem darf sich das Bürgertum nicht des Sieges freuen. Der Kampf geht weiter, aber mit geistigen Waffen. Zu einem prächtigen Rüstzeug für diesen Kampf gestaltete Dr. H. Günther sein oben erschienenes Buch „Ritter, Tod und Teufel" (J. F. Lehmanns Verlag in München, geh. 10 M., geb. 14 M., dazu die Teuerungszuschläge). — Das Buch gibt eine grundsätzliche und schematische Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Sein Ziel ist klare Ausgestaltung einer heidischen Weltanschauung.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Sammel 4530.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0006

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung„

Der Unternehmer im Bergbau

Von Dr. Dreßler Halle (Saale).

[Nachdruck verboten.]

Das Manifest der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 [illegible] in Ausführung des Erfurter Programms vom Jahre [illegible] die Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. [illegible] Wirtschaftsleben hat jedoch einen ganz anderen Verlauf genommen, als Marx und Engels, auf die sich das Erfurter Programm stützt, bei der Festlegung ihrer sozialistischen Leitsätze vor Augen sich dachten. Die breite Masse verelendete nicht, sondern [illegible] dauernd auf, und die Einzelunternehmungen schmolzen [illegible] wenigen Riesenbetrieben zusammen, sondern nahmen zu. [illegible] und Gewerbe gab es nach der Zählung vom Jahre [illegible] Millionen Hauptbetriebe, nach der letzten Zählung vor [illegible] 8,37 Millionen. Selbst die Wissellsche Planwirtschaft, eine Vorstufe zur Sozialisierung, hat die Regierung [illegible] lassen müssen, und sich mit der Bildung von Selbstverwaltungskörpern für eine große Gewerbezweige begnügt. Daß [illegible] diese in ihrer jetzigen Gestaltung nicht vorwärts bringen [illegible] sondern nur einen Hemmschuh für Fortschritt und Entwicklung darstellen, kommt deutlich in folgender [illegible] über den Eisenwirtschaftsbund in der letzten Generalversammlung des Eisenwerkes Kraft zum Ausdruck: „Die vom Reichswirtschaftsministerium gebildete Eisenwirtschaft, die den [illegible] Auslandsverkehr in Stahl und Eisen regeln soll, hat zu [illegible] eine zu komplizierte Organisation geschaffen, die die [illegible] nur so lange machen wird, als wir im Auslande [illegible] Konkurrenz finden. Sobald aber die Konkurrenz heftiger [illegible] und die Geschäfte mit dem Auslande nur durch Depeschen [illegible] Zug um Zug gemacht werden können, dann wird die [illegible] sicher versagen."

[illegible] immer wieder in überzeugender Weise darauf hingewiesen wird und Erfahrungen es auch erwiesen haben, daß das [illegible] Wirtschaftssystem (zum mindesten in [illegible] Zeit) unannehmbar ist und die privatkapitalistische [illegible] Beseitigung der ihm anhaftenden Mängel weiter beibehalten werden muß, erschallt jetzt der Ruf nach sofortiger Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige, [illegible] er eine Zeitlang ziemlich verstummt war, wieder lauter. [illegible] wird an erster Stelle an die Kohle gedacht, und zwei Entwürfe der Sozialisierungskommission sind hierzu bereits der [illegible] unterbreitet worden. Hat sich denn der Privatbergbau nicht bewährt? Wer hat denn unsere Kohlenförderung [illegible] eine gewaltige Höhe gebracht, wie sie die Ziffern vor dem [illegible] zeigen?

Sehen wir uns unseren mitteldeutschen Braunkohlenbergbau an. Solange sich der Bergbau vorwiegend in den Händen der Landesherren befand, kam er nicht richtig [illegible]. Als aber nach der Besetzung des linkselbischen Deutschlands durch die Franzosen in einer Verordnung vom Jahre 1809 [illegible] Braunkohle aus dem Reservatrechte des Staates freigelassen [illegible] — eine Bestimmung, die nach Vertreibung der Franzosen [illegible] preußische Staat beibehalten hat, entwickelte sich der Bergbau [illegible] unbehinderten Maße. Aber noch waren zahlreiche Fesseln [illegible] geblieben, die der Entwicklung hemmend entgegenstanden. Erst deren Beseitigung durch die liberale Gesetzgebung [illegible] 50er Jahre, die mit dem Gesetz von 1851, das den [illegible] Betriebsfreiheit in bezug auf Betrieb, Absatz und [illegible] Bestimmung gab, ihren Anfang nahm und 1865 durch Erlaß [illegible] Allgemeinen Berggesetzes ihren Abschluß fand, konnte den [illegible] Aufnahmungsgeist zu voller Entfaltung bringen und gab den [illegible] zu der glänzenden Entwicklung, die seitdem der Bergbau [illegible] nahm. Folgende Zahlen zeigen dies ganz deutlich: 1847 [illegible] im Regierungsbezirk Merseburg 678 255 To. Braunkohle, 20 Jahre später aber 2 751 372 To. gefördert. In Preußen [illegible] es 1847 1,06 Mill. To. und 1867 5,7 Mill. To. Bis zum Jahre 1913 ist die Förderung auf 70,1 Mill. To. angeschwollen. [illegible] Steinkohlenbergbau Deutschlands, der 1863 erst 19 Mill. To. [illegible], lieferte 1913 190 Mill. To. Eine solch vorwärtsstrebende Entwicklung war nur dadurch möglich geworden, daß [illegible] den Unternehmern volle Freiheit gegeben hatte.

Man wird gern einwenden wollen, daß die zunehmende Industrialisierung Deutschlands eine solche Zunahme der Förderung [illegible] hat. Hierauf ist aber zu erwidern, daß der gewaltige [illegible] Steigerung, den die Industrie in Deutschland genommen hatte, [illegible] erst dadurch überhaupt möglich geworden war, daß sie genügend Kohle erhielt. Würde dem nicht so sein, dann müßte der [illegible] Bergbau dieselbe prozentuale Zunahme zu verzeichnen [illegible] wie der private. Sehen wir uns einmal daraufhin die [illegible] an. Während sich der prozentuale Anteil des an der [illegible] fast ausschließlich betriebenen Privatbergbaues von 46,6 [illegible] im Jahre 1867 auf 60,2 Prozent im Jahre 1913 [illegible] hat, fiel der Anteil des Saarreviers mit seinem fast ausschließlichen Staatsbergbau von 19,5 auf 8,9 Prozent. Hatte sich [illegible] Förderung der schlesischen und westfälischen Privatgruben [illegible] verdreifacht, so zeigen die fiskalischen Werke in Oberschlesien und Saarbrücken nur eine Verdoppelung. Diese Zahlen [illegible], daß der Staat unfähig war, seine Kohlenförderung den [illegible] Anforderungen gemäß zu steigern und daß er demgegenüber dem [illegible] Privatbergbau vollkommen versagt hat.

Die Freiheit der Bewegung brachte dem Unternehmer aber [illegible] ein sehr unangenehmes, für die Allgemeinheit aber ungemein wichtiges Geschenk, die Konkurrenz. Diese läßt ihn nie zur Ruhe kommen, so daß er fortgesetzt weiter arbeiten und denken muß, will er nicht von seinen Konkurrenten überflügelt und [illegible] erdrückt werden. Es ist bekannt (und von der staatlichen Bergbauverwaltung auch zugegeben worden, erinnert sei [illegible] die von der preußischen Regierung im Jahre 1911 angestellte Untersuchung wegen der unbefriedigenden Ergebnisse im Staatsbergbau), wie langsam die staatlichen Bergbaubetriebe in der Einführung neuer Maschinen und Verfahren gewesen sind. Erst [illegible] dieses in den Betrieben der nie rastenden freien Unternehmer, oft unter Aufwendung sehr großer Summen, jahrelang [illegible] waren und sich bewährt hatten, kam der Staatsbetrieb [illegible]. Dieser hatte ja auch nichts zu verlieren, stand doch [illegible] Verluste die Gesamtheit der Steuerzahler hinter ihm. Die Sozialisierung, ob mehr oder weniger weit greifend, wird die [illegible] Mitwirkung des Unternehmers beim Produktionsprozeß erlöten und daher bedeuten: Erhöhung der Kohlenpreise, Rückgang der Kohlenförderung, bürokratische Verteilung des Brennstoffs an Industrie und sonstigen Bedarf. Daher kann man nur immer wieder sagen: Es liegt im Interesse jedes Einzelnen, daß der freie Unternehmer im Bergbau nicht verschwindet; dies würde gerade hier um so schwerer ins Gewicht fallen, als der Bergbau der Grundpfeiler unseres gesamten Wirtschaftslebens ist.

Aktiengesellschaften

* **Hugo Heckert G. m. b. H. Halle.** Die Gesellschafter haben beschlossen, das Stammkapital von 500 000 auf 20 000 M. herabzusetzen.

Aktien-Zuckerfabrik Linden-Hannover. Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß die Uebertragung des gesamten Vermögens an die Hannoversche Waggonfabrik derart, daß für je 6000 Mark Lindener Zucker-Aktien 3000 Mark Hannoversche Waggon-Aktien gewährt werden.

Hirsch Kupfer- und Messingwerke. Unter der Firma Kabelwerke Nürnberg A.-G. wurde mit 18 Mill. Mark, eingeteilt in 15 Mill. Mark Stamm- und 3 Mill. Mark Vorzugsaktien, ein neues Unternehmen unter Mitwirkung der Hirsch Kupferwerke gegründet.

Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken. Dividendenvorschlag: 10% Prog.

Konsolidiertes Braunkohlenbergwerk „Marie" in Altendorf bei Egeln. Dividendenvorschlag: 15 Proz.

Die Carl-Zeiß-Stiftung in Jena erhielt die Genehmigung zur Ausgabe von 10 Millionen Mark 4½prozentiger Schuldverschreibungen.

Gera-Meuselwitz-Wuitzer Eisenbahn-Akt.-Ges. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Eisenbahn Gera-Witz-Mumsdorf im Interesse der Kohlenversorgung des Thüringer Textilbezirkes erwarb ein Konsortium Thüringer Industrieller in Gera die Aktienmehrheit der Gera-Meuselwitzer Eisenbahn-Gesellschaft. die Besitzerin der Eisenbahn Gera-Witz-Mumsdorf ist.

Erfurter Elektrische Straßenbahn. Der Generalversammlung am 2. Dezember liegt auch ein Antrag auf Beschlußfassung über die Deckung des Fehlbetrages vor.

Handel, Industrie, Handwerk

Beleihungen von Malz und Gerste. Die Bezugsvereinigung deutscher Brauereien G. m. b. H., ist eine Verbindung mit der Darlehnskasse Berlin eingegangen, die es ermöglicht, Beleihungen von Malz und Gerste in Brauereien vorzunehmen. Die jährliche Vergütung einschließlich Verzinsung, Feuerversicherung und aller sonstigen Unkosten beträgt 6½ Prog. der Beleihungssumme. Die fraglichen Malz- und Gerstenmengen müssen in den betreffenden Brauereien auf Lager sein.

Aufhebung der Bewirtschaftung von Kunstseide. In Berlin ist die Reichswirtschaftsstelle für Kunstseide und Stapelfaser gegründet worden. Sie ist der größte Selbstverwaltungskörper aus dem Textilgebiet, der völlig paritätisch zusammengesetzt ist. Die Reichswirtschaftsstelle hat noch ihrer Konstituierung die Aufhebung der Bewirtschaftung von Kunstseide einstimmig beschlossen.

Weitere Herabsetzung von Ausfuhrabgaben. Ab 18. November erfolgt eine weitere Ermäßigung von Ausfuhrabgaben, u. a. für Erze und Hochofennebenprodukte, für Schuhwichse, Linoleum, Postkarten mit Bilderdruck und andere Karten. Für die letztgenannten Artikel sind die Abgaben auf Null herabgesetzt worden.

Die Ausfuhr von Zeitungspapier. Im Reichswirtschaftsministerium fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirsch über die Regelung der Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier eine Besprechung statt, bei welcher sämtliche beteiligten Kreise, insbesondere auch die Zeitungsverleger, Handelsverbände und die Papier verarbeitende Industrie vertreten waren. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Ausfuhr für Zeitungspapier auch in Zukunft einheitlich durch die beiden Erzeugerverbände, nämlich den Verband deutscher Druckpapierfabriken und den Verein eingetragener Druckpapierfabriken erfolgt. Ferner wurde über die an die Ausfuhr zu knüpfenden Bedingungen eine Einigung herbeigeführt. Eine einheitliche Regelung zur Ausfuhr ist damit zunächst für mehrere Monate gewährleistet.

Der Stand der Herbstsaaten im Deutschen Reiche. Anfang November 1920 betrugen die Begutachtungsziffern (wenn 2 „gut", 3 „mittel" bedeuten) 2,8 für Winterweizen (November 1919: 2,9), 2,3 für Winterspelz (2,7) und 2,7 für Winterroggen (2,8). Das Statistische Reichsamt bemerkt dazu u. a.: Die Aussaat des Wintergetreides war bei Abgabe der Berichte größtenteils beendet. Nur die noch nicht abgeernteten Rübenfelder und ein Teil der mit Kartoffeln bestanden gewesenen Flächen hatten noch nicht angesät werden können. Frühe Saaten sind gleichmäßig aufgelaufen und haben sich fast durchweg gut entwickelt, spätere gelaufe dagegen wurden durch Trockenheit, schärfe Ostwinde und Fröste im Aufgehen stark behindert. Ein großer Teil der letzteren Saaten war Anfang Oktober noch nicht aufgelaufen. Das trifft besonders für den Weizen zu. Infolgedessen haben die abgegebenen Begutachtungsziffern nur bedingten Wert.

Waren- und Marktberichte

Verkaufspreise von Branntwein im Betriebsjahr 1920/21. Das Reichsmonopolamt für Branntwein hat in Gemeinschaft mit dem Beirat für den Absatz inländischen Branntweins als regelmäßigen Verkaufspreis für den zur Herstellung von Trinkbranntwein abzugebenden Branntwein den Preis von 4000 Mark für 100 Liter Weingeist festgesetzt. Als ermäßigte Verkaufspreise werden festgesetzt: für den zur Speisefettgewinnung abzugebenden Branntwein, a) für Rohbranntwein 600 Mk., für Primasprit 620 Mk., für Vor- und Nachlauf von Primasprit 619 Mark, für den an Krankenanstalten und für wissenschaftliche Zwecke abzugebenden Branntwein 620 Mk., und für den zu gewerblichen Zwecken sowie zu Putz-, Heizungs-, Koch- und Beleuchtungszwecken abzugebenden Branntwein 700 Mk. für 100 Liter Weingeist. Für den zur Herstellung von Parfümerien, Essenzen, Heilmitteln oder in Apotheken und Drogerien abzugebenden unvergällten Branntwein werden jedoch 4000 Mk. für 100 Liter Weingeist bewilligt.

Anziehen der Fichtenholzpreise. Bei der Fichtenholzversteigerung im Forstamt Goslar stiegen die Preise gegen die vorige Auktion um 15 bis 20 Proz. Fichtenspiger 5.—2. Klasse wurden mit 300—450 Mark bezahlt.

Verkehr mit Zucker. Der Staatskommissar für Volksernährung gibt im „Reichsanzeiger" einige Aenderungen der Ausführungsanweisung zur Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 in der Fassung der Verordnung vom 30. September 1920 bekannt.

Vom Leipziger Rauchwarenmarkt. Die Londoner Rauchwarenauktion hat mit wenig Ausnahmen eine Preissenkung mit sich gebracht. Diese stellt sich im Höchstmaße auf 50 Proz., während die übrigen Artikel zumeist 16 bis 20 Proz. und mehr zurückgingen. Dem Vernehmen nach haben deutsche bzw. Leipziger Firmen einen großen Teil der Londoner Auktionswaren erstanden, so daß mit deren Heranschaffung die Läger in Leipzig eine wesentliche Vermehrung erfahren werden. Das Rauchwarengeschäft in Leipzig lag während des Sommers sehr still, hat aber seit September eine merkliche Belebung erfahren. Das Inlandsgeschäft hat sich gleichfalls belebt. Allerdings beschränkte sich die Kundschaft meist auf Deckung des notwendigsten Bedarfs, in der Meinung, daß die Ware billiger werden könnte. Als gangbare Tagesartikel haben sich Füchse und Kanin, sowohl in Rohware wie gefärbt erwiesen. Das eigentliche Mildwarengeschäft ist erst in der Entwicklung begriffen. Die Kürschner berichten über guten Geschäftsgang, so daß wohl noch ein gut Teil Ware in den Konsum übergehen wird.

Berliner Börsenberichte

Kurssturz am Markte der ausländischen Zahlungsmittel. Die Abwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel, die erkennbar schon am vorigen Wochenschluß eingesetzt hatte, machte gestern erhebliche und zu Beginn der Börse sprunghaft Fortschritte. (Siehe Devisen).

Börsenstimmungsbild. Berlin, 16. November. Die in Newyork gestern eingetretene Besserung des Marktkurses hat hier zu kräftigen Kursrückgängen der ausländischen Devisen- und Notenpreise geführt. Die Wirkung hiervon war auch in der Kursgestaltung an der Börse zu spüren, so daß die Spekulation und vereinzelt auch das Privatpublikum zu größeren Verkäufen und Abgaben in den vorher unter Hinweis auf die Markentwertung gesteigerten Industrie- und Valutawerten schritten. Es ergaben sich daher empfindliche ziemlich gleichmäßig auf allen Märkten sich erstreckende Kursrückgänge, im Durchschnitt betrugen diese 10 bis 20 Prozent. Sie erreichten bei Rheinische Braunkohlen, Rheinische Stahlwerke und Deutsch-Nieder-See-Aktien bis 45 Prozent, bei Hoesch, Thale, Oberstein u. Koppel, Westeregeln, Baumoxe, Kanada und Mexikaner 50 bis 80 Prozent und bei schweren Kolonialpapieren teilweise 100 Proz. Widerstandsfähigkeit bekundete aber der Bankenmarkt und auch inländische Rentenwerte veränderten wie bisher ihren Kursstand nur unbedeutend. Das Geschäft ist bedeutend ruhiger geworden. Es kam am Montanmarkt zu Kurserhöhungen. Die Stimmung blieb aber ziemlich nervös und unsicher. In den zu Einheitskursen notierten Industriewerten lagen aber noch ziemlich viel Kaufaufträge seitens des Publikums vor.

Produktenbericht. Berlin, 16. November. Am Produktenmarkt ist das Geschäft in Hülsenfrüchten nahezu ins Stocken geraten. Die heutigen Notierungen müssen daher teilweise als nominell betrachtet werden. Auch Oelsaaten zeigten bei geringem Geschäft schwache Haltung. Futterstoffe und Rauhfutter hatten bei wenig veränderten Preisen gleichfalls geringen Verkehr. Dies alles hing in der Hauptsache mit dem einmaligen Rückgang der ausländischen Devisenpreise zusammen. Infolge dessen war man auch in dem Abschluß von neuen Kaufkontrakten für Mais zurückhaltend. Reis lag weiter flau.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	16. Novemb.	15. Novemb.
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	270—290	290—300
„ kleine	220—240	220—245
Futtererbsen	180—195	180—205
Linsen	400—470	400—480
Peluschken	175—183	184—190
Ackerbohnen	180—188	185—200
Wicken	165—175	165—182
Lupinen, blaue	80—85	80—90
„ gelbe	105—112	105—118
Serradella, alte	76—80	78—80
„ neue	110—115	110—120
Vicia villosa	—	—
Raps	502—505	508—510
Rübsen	—	—
Leinsaat	410—430	410—430
Mohn	700—750	700—750
Senfsaat	240—300	240—310
Hirse, inländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	82—86	82—86
Torfmelasse	67—69	68—70
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	35—37	35—37
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	26½—28	26½—28
„ gebündelt	25—26	25—26
Roggen-Langstroh	26—27½	—
Mais, loko ab Hamburg	—	—
„ per	190	—
Runkelrüben	8½—9	7½—8½
Möhren, rote	17½—18	17—18
„ gelbe und weiße	15½—16	15—16

Reis, frei Kaiwaggon Hamburg, per 1 kg —,—.
Reis, Brasil-Vollreis per loko 1 kg —,— per 1 kg —,—.
Burmareis 14 tätig —,—, frei Kaiwaggon Hamburg —,—.

Letzte Devisenkurse.

	Berlin, 16. November. Geld	Brief
Italien	267.20	267.80
Paris	447.03	447.95
Schweiz	1173.80	1176.20
Spanien	956.50	958.50
Wien (altes)	—.—	—.—

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 16. November. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	2050/2100	Orig.-Hütten-Aluminin Walzdraht od. Drahtwaren	3900/4000
Orig.-Hütten-Weichblei	880/900	Zinn (Banca-Straits-Billton)	6850/7000
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	900/920	Hüttenzinn (mind. 99%)	6750/6850
Remelted-Platten-Zink	600	Reinnickel (98-99%)	4700/4800
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	3700/3800	Antimon (Regulus)	1000
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1400/1410
		Elektrolytkupfer	2730

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 16. November.

Chemnitzer Bankverein	—,—	Leipziger Malzfabrik	160,—
Leipziger Hypothekenbank	165,—	Mansfelder Kuxe	4800,—
Mitteldeutsche „ Privatbank	202,—	Oelsnitzer Kuxe	980,—
Cröllwitzer Papierf.	—,—	Pittler, Leipzig	437,—
Glauziger Zuckerfbr.	900,—	Prehlitzer Stamm-A. „ Prioritäts-Akt.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	151,50	„ „	2000,—
Hallesche Zuckerraff.	395,—	Riebeckbier	220,—
Portland-Zement	165,—	do. Vorzugsaktien	127,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	863,50	Rositzer Zuckerfabr.	365,—
Köbiaborfer Zukerf.	—,—	Rudelsburger Zementfabrik	160,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	480,—	Sachsenwerk	478,—
		Sondermann & Stier	284,—
		Stöhr & Co.	633,—
		Zimmermann, Halle	204,—
		Zimmermann, Chemnitz	204,—

Die Alleinvertretung der

Ehrhardt - Automobile

für den Bezirk Halle ist zu vergeben und werden erstklassige Fachfirmen gebeten, schriftliche Angebote bis einschließlich 18. November, an Herrn Jaksch, z. Zt. Halle, Hotel „Goldene Kugel", gelangen zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0007

Frauenspiegel

Die Ernährung der Familie

Von Anna Blum-Erhard.

Es ist anders geworden. Die fürsorgliche Hausfrau und Mutter, deren größter Stolz und heiglichstes Anliegen die Ernährung der Ihren war, hat alle ihre allgewohnten Einrichtungen als unbrauchbar beiseite schieben und sich zu Neuerungen entscheiden müssen, die eine wahre Revolution im Hausbezirk hervorriefen. Kein äußerer Feind alles Neuen, als die „Gepflogenheit"! Dieses „So bin ich's gewöhnt!" stemmt sich auf Schritt und Tritt entgegen. Selbst der beweglichste und freieste Mensch hat hier seine Achillesferse. In irgendeiner Art hofiert er seine liebgewordene Gewohnheit. Wie ist es da der Hausfrau zu verdenken, wenn sie getreu dem Spruch: „Was der Bauer nicht kennt, das ißt er nicht" — zuerst nicht kochen wollte, was ihr nicht geläufig war?

Betrachtet sie heute ohne Voreingenommenheit die gemachten Zugeständnisse, die die Verhältnisse ihr aufzwangen, so wird sie ihr Zögern zum Teil nicht mehr begreifen. Ja, sie wird freiwillig vieles beibehalten, was sie nur widerwillig annahm. Warum sollte sie z. B. am Morgen, wenn eben der Schlaf die Nerven erfrischt, den braunen Trank wie früher aus der echten Kaffeebohne herstellen, die, so aromatisch sie schmeckt, erregender als tunlich auf unser Nervensystem einwirkt und es schädigt? Warum sollte sie nicht dem Ersatz von gebranntem Gerste oder Korn den Vorzug geben, an den sich die ganze Familie inzwischen gewöhnte? Um Kleinigkeiten gebe sie den Kindern jetzt die früher törichterweise oft verschmähte Milch. Aber sie muß sich abfinden, daß Deutschland nicht mehr das Land ist, in dem Milch und Honig fließt, daß beides Kostbarkeiten geworden sind, genau wie der so sehr verteuerte Kakao. Hat sie also diese beiden vollwertigsten Nährmittel nur mehr in beschränkten Maße zur Hand, so wird sie doch nicht anstehen, den unschädlichen Malzkaffee dem schädlichen Bohnenkaffee vorzuziehen.

Was das Brot betrifft, so war mit Unrecht das Hausbrot vom Frühstückstisch verbannt. Nie konnte die kleine leckere Semmel aus weißem Mehl seine größere Nährkraft ersetzen. Und wenn das Verbot der Nachtarbeit der Bäcker sie am rechtzeitigen Erscheinen in der Frühe verhindert, so soll uns das allseitig verbesserte Hausbrot ebenso willkommen sein und bleiben. Vielleicht wird manche Mutter auch ferner die Morgensuppe kochen, wie sie es zur Zeit des mangelnden Brotes getan, die gute dicke Suppe aus Mehl, Grütze, Hafer oder Kartoffeln, wie sie heut noch auf dem Lande gegeben wird, das treuer als die Stadt die Gepflogenheiten der guten alten einfachen Zeit unserer Vorfahren bewahrte. Denn nicht nur die Sättigung durch dicke Suppen, auch die Ernährung ist eine nachhaltigere als durch Trank und die Brötchen.

Wir haben uns lange, wider Willen erst, des echten Tees enthalten. Wir haben ihn schmerzlich vermißt, den guten Freund unserer Nachmittage und Abende, und wir können ihn wieder haben, zu hohen Preisen zwar, aber doch erschwinglich. Die gute Mutter des Hauses wird sich mit Vorteil nicht völlig des Gebrauchs der durch den Krieg in Anwendung gekommenen Haustees aus heimischen Kräutern entschlagen. Auch sie haben wir aus der Versenkung hervorgeholt. Im Haushalt unserer Großeltern waren sie gang und gäbe. Dort waren die Blüten der Linden, der Minze, des Fieberes, Kirschenstiele und Obstschalen wohl bekannt, als bekömmlich geschätzt, als wärmend und erquickend — und als billig beliebt. Bunter Gründe, worum auch wir sie auf den Tisch stellen sollen, nach wie vor. Denn der echte Tee teilt die Eigenschaften des echten Kaffees und sollte den dem Beruf und dem Lärm der Großstadt, den durch Vererbung und die Kümmernisse der schweren Jahre geschwächten Nerven nicht allzu oft zugemutet werden.

Die Einfachheit war es, die die Deutschen emporgebracht. Zur Einfachheit zwingt uns die Teuerung, der Mangel, wenn nicht die Vernunft uns gnädige. Sie ist die Basis zur Gesundung des Volkes. Sie ist die beste Mitgift, die wir unsern Kindern mitgeben können in ein immer erschwerteres Leben. Sie bedeutet mit der einfacheren Kost. Der Natur näher zu treten, damit müssen wir den Anfang machen. Wir waren ihr entfremdet und haben viele ihrer Gaben mißachtet. Die sparsame Frau hat nun gelernt, daß nicht mehr Fleisch den Hauptbestandteil der häuslichen Mahlzeit bilden muß. Der Hausvater hat aus der Not eine Tugend gemacht und tiefer in die Gemüsekäschiffel und in die Kartoffeln zu greifen gelernt. Die Kinder sind gut Freund geworden mit den vielen neueren Gerichten, die die anpassungsfähige Mutter ihnen vorsetzt. In der Schule auch sind sie auf den Reichtum an Wildgemüsen aufmerksam geworden, haben gelernt, die ebbaren von den schädlichen Pilzen zu unterscheiden, haben der Mutter mitheimgebracht, was Wald und Wiese bieten, ohne daß der Mensch es sät und ackert. Auch in der Bewertung der Abfälle haben wir alle umgelernt. Wie die äußeren Blätter des Salates, so verwenden wir nun auch die Strünke der Kohlsorten mit Nutzen, und aus den wirklich für den Menschen unverwendbaren Abfällen bleibt noch das meiste für die Kleintierstallung gute Beute. In der Ueppigkeit liegt wohl der Reiz, nicht aber der Wert der Mahlzeiten. Die Bescheidenheit in diesem Punkt, die uns der lange Krieg aufgezwungen, sollte zum bleibenden Gut der Familien werden. Nicht nur aus notwendig gewordener Sparsamkeit, sondern aus vernünftiger Einsicht in das Wohl unserer Kinder.

Es ist kein „Contente estote!" „begnügt euch mit eurem Kommißbrote" der Kapuzinerpredigt nötig. Nein, ein gar reichhaltig Programm hat die Küche, die gemischte Kost bringt. Was bedeutet „Gemischte Kost?" Nichts anderes, als was wir im Krieg gelernt haben zu essen. Wir haben Anleihen bei den Vegetariern gemacht, und es ist uns sehr gut bekommen. Denn nicht der Mangel an Fleisch hat uns gesundheitlich zurückgebracht, sondern das Uebermaß zuvor war die Ursache, daß die Verminderung übel bekam.

Es ist ein Irrtum zu meinen, daß wir mit gemischter Kost nicht gut bestehen können. Alles, was der menschliche Körper braucht, wird ihm durch Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Körner in gequetschten und gemahlenem Zustande, durch Kartoffeln und etwas Fleisch und Fette und Zucker geboten. Freilich — und das wird jede Hausfrau bestätigen — bedarf die Führung der Küche — eine noch eingehendere Vertiefung als früher. Um eben mit den gegebenen Mitteln schmackhaft zu kochen, bedarf es größerer mechanischer und geistiger Mühe. Selbst das Eintopfgericht braucht eine umfassendere Vorbereitung als der köstlichste Braten. Gerade die häufigere Verwendung von Gemüsen schafft eine Menge Arbeit. Und da der größte Reiz im Essen die Abwechslung ist, die früher durch die verschiedenen Fleischsorten erreicht werden konnte, so sind wir nun in deren Ermangelung zu erhöhtem Nachdenken gezwungen, wenn wir am häuslichen Tisch zufriedene Gesichter sehen wollen.

Es gibt nun für den vernünftigen Menschen kaum mehr jenes vordem so oft gebrauchte: Das paßt nicht zusammen! Seitdem es zusammenpassen muß, die Grütze und der Kohl, grüne Bohnen, Tomaten und Bandnudeln in einer Form — seitdem wir das Brot auch ohne Butter, gar häufig Kartoffeln mit minimaler Tunkt von Wurst oder Fisch und noch öfter ohne das vorgesetzt bekommen — sind wir dankbarer und bescheidener geworden. Der gesunde Mensch hat nicht Ursache, wählerisch zu sein. Besonders Kinder sollen lernen, alles zu essen. Die Mannigfaltigkeit, die durch Hereinbeziehung der vegetarischen Küche in unsere frühere entstanden ist, kann wirklich manche anderen Mängel ausgleichen.

Eine schwierige Frage ist die Herkiefstellung der Speisen durch den Mangel an Heizstoffen, die verminderte Gaszuführung geworden. Hier wird die Hausfrau zu zwei Helfern greifen, die sich hundertfach bewährt haben: die Kochkiste und die Thermosflasche. Nichts Einfacheres als in beiden Speisen und Getränke bekehlin lange warm zu halten! Sie sind geradezu unentbehrlich. Auch wenn kein Feuer im Herd, wenn das Gas abgesperrt ist, können wir spätkommenden noch eine Mahlzeit, einen Trunk bieten. Sind wir beruflich abwesend — die Kochkiste besorgt unterdes das Angekochte fertig — sie hilft Feuerung und Zeit sparen. Und was wäre so wichtig in dieser überbürdeten armen, aufs Sparen angewiesene Zeit, der wir entgegen gehen?

Die Küche

Speise-Zettel.

Mittwoch: weiße Bohnen, süßsauer.
Donnerstag: gebackene Heringskartoffeln. Rote Rübensalat.
Freitag: Apfelreis mit Zimtzucker.
Sonnabend: Kartoffelflöße und Meerrettichsoße.
Sonntag: Rotkohlgemüse mit geschmorten Rindenröllchen, Apfelmus.
Montag: Selleriekartoffeln mit gebratener Zwiebel.
Dienstag: Mischgemüse von Möhren mit grünen Erbsen und Schwemmflöße.

Wie wasche ich mich, um schön zu werden

Ein Nachwort dazu und über Schönheit im allgemeinen.

Im letzten „Frauenspiegel" erschien ein Artikel unter Ueberschrift. Es dürfte vielleicht angebracht sein, einige Ergänzungen noch zu ergänzen. Vor allem, daß man nie nur mit Wasser zum Reinigen nimmt. Kaltes Wasser ist ein wunderbares Schönheitsmittel, denn auch im Gebrauch mit kalten Wasser bewahrheitet sich in bezug auf die Haut das alte Weisheitswort lein: Wärme dehnt aus, Kälte zieht zusammen. Wer den Gegner kalten Wassers ist, meist nur aus Schwäche wegen des ersten unangenehmen Empfindens, der sollte sich wenigstens dazu bequemen, nachzuspülen, bis die Scheu ganz überwunden ist und man frisches Wasser benutzt wird. Unser ehemaliger Hausarzt sagte mir, daß Personen mit zarter Haut nie Seife für sich nehmen sollten. Ueber das Frottieren ist nicht besonders die Fältchen, die es bannen oder vertreiben soll, gerade zum hervorgezaubert werden, wenn nach alter Bequemlichkeit so hübsch rund herum im Gesicht gerieben wird, mit mäßigem Druck nach unten. Das Frottieren soll ein systematisches Werk sein. Die Stirn wagerecht, Nase senkrecht und Kinn und Wangen von unten nach oben in schräger Richtung nach den Ohren. Massage tut ungemein viel.

Richtig ist die Behauptung, daß der Gemütszustand des Menschen einen großen Teil der Schönheitserhaltung ausmacht. Wie leicht ist ein häßlicher Zug um Mund und Nase bei der Trägerin sich nicht beherrschen kann oder will! Schönheit in Ruhe, heißt es in einem Buche der Wienerin Eidonie Grünwald. Zerkowitz, die in Mode- und Toilettenfragen sehr bewandert ist, sagte mir, daß Personen mit ausgesprochener Gesichtsfarbe ein richtiges Gewand oder vielmehr eine harmonisierende Farbe unbedingt nötig ist, weil sie die Schönheit noch hebt, so die genannte Wienerin weiter plaudern, was für Farben sie wählen soll. Für Blonde mit rosig-weißer Gesichtsfarbe empfehlen sich außer schwarz vor allem lichte Farben: blaßblau und -rosa, lachs- und erdbeerrot, Kupfer, nile- und moosgrün; silbergrau, hellgrau, gelblich (nicht kantig), heliotrop und hellgelb. Farbenzusammenstellungen: weiß-rosa-granat, rosa-grün, rosa-blaßblau, rosa-blaßgrau, grün, weiß-Silber, altgold-pastellblau, erbsengrün-gold.

Für Brunette mit rosig-bräunlicher Gesichtsfarbe sind außer allem dunkle Farben sehr verschönend. Die erste Stelle nimmt schwarz ein, dann crème, gelbweiß oder elfenbein (nicht weiß), dunkelgrün, hochrot, altgold, altrosa. Zusammenstellungen: grau-crème-altgold, (von letzterem wenig), hochrot-weiß, dunkelblau-crème, milchweiß-gold, altgold-weißschwarz usw. Grünwald sagt auch mit Recht, eine bestimmte Mode für sich es nie geben, da jede Art der Gesichtsfarbe andere Farben notwendig hat, um schön zu erscheinen; denn mit der Gesichtsfarbe ist es nicht wie mit den Perlen, die jede Hautfarbe schönern. Vielleicht ist es nicht ganz unwesentlich, die Ansicht einer Erfahrenen in bezug auf passende Farben anzuführen, weil die jetzige bunte Mode sehr viele Tücken hat, bringt die krassesten expressionistischen Farbenzusammenstellungen und verwandelt manche junge Dame in eine Harlekine, besonders da, wo zu den exzentrischen Farben noch ein exzentrischer Gesichtsschnitt hinzukommt. Und wenn man dann auch „furchtbar modern ist, schön ist man doch nicht, denn Schönheit ist ebenmaß und Harmonie!

E. T.

Sauerkrautbrühe ist ein ganz vorzügliches Mittel zum Reinigen und Auffrischen polierter Möbel. Ein weiches Reinigungstuch, die Kraftbrühe gehaltlich, wird damit durchtränkt, dann reibt man Kreise die Flächen sauber, in gleicher Weise mit weichem trockenen Wischfeder nach und wird über den Erfolg überrascht und erfreut sein.

Rußig gewordene Lampenzylinder werden wieder hell klar und durchsichtig, wenn man sie in Soda- oder Seifenwasser wäscht und sie sorgfältig gespült in nassem Zustande zur Benutzung nimmt. Ein Zerplatzen der Zylinder, wie es häufig zu fürchtet wird, ist völlig ausgeschlossen.

Um dem Schleifaufen der Holzböden vorzubeugen, wenn man an der in Frage kommenden Stelle einen Schlenkel mit wenigen Stiften auf, den man nach erfolgter Abnutzung rasch ergänzen kann.

Verantwortlich: Hans Heiling.

„Unweiblichkeit"

Von Karl Meiner-Heckert.

Die alten Vorstellungen von dem, was „weiblich" sei, sind durch den Krieg, durch die Revolution und die mitfolgenden Zeitereignisse grünblich geändert worden. Sie dem die Frau als Wagenschaffner, als Briefträger, in den Munitionsfabriken, an den Hochöfen, als Gelechter und als Richter „ihren Mann" gestellt hat, ist die Bezeichnung „unweiblich" für irgendwelche äußerliche Beschäftigung eigentlich sinnlos geworden. Die Frau hat sich als gleichberechtigter Gefährte neben den Mann gestellt, und der Herr der Schöpfung kann nur ganz wenige Berufe mehr als seine besondere Domäne bezeichnen. Trotzdem will der Tadel der „Unweiblichkeit" der Frau nicht aufhören. Der eine Mann hält es für unweiblich, wenn Frauen rauchen, der andere findet die rauchende Frau entzückend, aber er verabscheut dafür die Frau als Politikerin. Dieser lobt die Frau als sozialer Fürsorgerin, während jener der Frau das Haus und nicht die Oeffentlichkeit als Wirkungsgebiet zuweist. Und dann kommen jene Männer, die für „unweiblich" das kurze Röckchen erklären, während der bekannte Satiriker F. Th. Vischer seinerzeit seinen letzten Glauben an die Vernunft der Frauen verlor, die mit ihren langen Schleppkleidern auf der Straße und im Hause dem Manne Staub ins Gesicht schleuderten. So ist mit allen Dingen der Begriff „unweiblich" höchst vielbeutig und widerspruchsvoll. Weiblich, was erscheint heute weiblich, was unseren Großvätern unweiblich vorkam. Ueber „Blaustrümpfe" betreuzigte man sich seinerzeit, während die Schriftstellerin unserer Zeit etwas ganz selbstverständliches geworden ist. Wie spotteten die Wihblätter über die Frau, die sich als Stahlrossomazone zeigte, heute ist die radfahrende Frau eine alltägliche Straßenerscheinung geworden. Auch Gottfried Keller, der bekanntlich in Wort und Tat gegen die Frauen, die aus dem Frieden des Hauses auf den lauten Markt der Oeffentlichkeit getreten sind, wetterte und zeterte, erscheint uns überlebt und von den Tatsachen überholt.

Seit Ibsens „Nora" haben sich die Anschauungen über das, was die Frau tun darf und muß, gründlich geändert, und die Notwendigkeit und auch die Frauenemanzipation haben die Frau aus dem engen Leben der Häuslichkeit hinausgedrängt in die weite Welt des öffentlichen Lebens. Wer über „Unweiblichkeit" lostzieht, der müßte zuerst Einigkeit schaffen über den Begriff der Uneinigkeit. Definiert man den Begriff so, daß die Frau nichts tun soll, was ihrem weiblichen Wesen nicht entspricht, so wird man wieder dazu gedrängt, festzustellen, was denn das weibliche Wesen eigentlich ist. Und damit kommt man auf das große Gebiet der Frauenfrage, auf den Kampf, den die Frau seit mehr als einem Jahrhundert führt, und der sie endlich befreit hat von längst veralteten Gesellschaftsregeln und falschen Voraussetzungen. Die mittelalterliche Frau konnte nicht bestehen vor dem modernen Zeitgeist. Und ob man will oder nicht, — der Erkenntnis kann man sich nicht verschließen, daß die Frau sehr weiblich sein kann, auch wenn sie raucht und kurze Röcke trägt. Damit wird der Widerstand gegen das Tadelswort „unweiblich" ein Don Quichotekampf gegen Windmühlen. . . . . .

Die Puppen für Erwachsene

Von Gertrud Lenning.

Gibt es noch einen modernen Haushalt ohne irgend eine moderne Puppe? Ich glaube kaum. Sie versteht schon sich ein bevorzugtes Plätzchen zu erobern, damit sie genügend gesehen und gewürdigt wird. Sie besitzt die Anziehungskraft eines lebendigen Wesens und wer in ihre Nähe kommt, muß mit ihr plaudern, mit ihr spielen.

Die bekannteste und nützlichste ist natürlich die Teepuppe, vorausgesetzt natürlich, daß sie nicht von vornherein als Luxusgeschöpf auf die Welt gekommen ist. Die juwelenflimmernden Hofdräuleins und die empfindsamen Rokokodamen sind auch zu ihrer Lebzeiten mehr dekorativ als nützlich gewesen. Sie haben aber die Pflicht durch auserlesene Schönheit zu wirken, darum müssen sie auch bewundrungswürdig ausgestattet und gearbeitet sein, um das elegante Milieu noch angenehm zu schmücken. Der richtige Rahmen sollte bei der Auswahl der Teepuppe häufig vorurteilsloser bedacht werden. So ein bürgerliches Biedermeierdämchen hat schon eher Verständnis für die Familienkaffeekanne. Auch das reizende Holländische Schokoladenmädchen und erst gar die entzückende Bäuerin aus dem Schwarzwald, die Altenburgerin usw. passen viel besser zum bunten Kaffeegeschirr und zur Veranda des Landhauses als das Schloßfräulein im Spitzenkleid und gepuderter Frisur. Sie gehören in einen eleganten Salon, gerade wie die reizenden Putirnenpuppen. Ihr Name sagt alles. Sie müssen fein und zierlich sein, damit sie würdig sind, in den Glasschrank gesetzt zu werden. Aus Wachs und Porzellan sind die kleinen Gliederpuppen, deren Schönheit in der Schlankheit besteht und schadet garnichts, daß die Langbewegungen meist etwas outriert sind — Alltägliches setzt man meist unter Glas zur Ansicht für Jeden.

Am eigenartigsten sind die langgegliederten Stoffpuppen mit bemalten Gesichtern, unglaublich langen Körper. So ein Pierrot muß dem Beschauer tatsächlich lächerlich erscheinen, lange er die Künste des kleinen Mannes nicht kennt. Hat man sich an die drollige lange Gestalt gewöhnt, so wird man einsehen, daß sie in jeder Lage und Stellung, man mag werfen, wie man will, ihrem Charakter treu bleibt. Sie bedarf ein kurzweiliges Spiel für Erwachsene, macht gute Figur in den Salonkissen und belebt schon allein die ihre Gegenwart so manches kalte Empfangszimmer und ist gelegentlich über ein stockendes Gespräch hinweg.

Jedenfalls sind Puppen von altersher ein beliebtes Weihnachtsgeschenk gewesen, meist für die Kleinen, — warum nicht jetzt für die Großen?

*

Das Taschentuch. Zu den Dingen, die wir heute für unentbehrlich und selbstverständlich halten, gehört das Taschentuch. Und doch, wie seltsam! Das Taschentuch, dieser notwendige Begleiter der Kulturmenschen, der Jetztzeit, war bis in das Mittelalter hinein unbekannt. Die Römer, die im höchsten perfektesten Luxus sehr vermöhnt waren, behalfen sich ohne Taschentuch schon aus dem Grunde, weil die Kleidung der Römer die Tasche noch gar nicht kannte. Um 13. Jahrhundert war das Taschentuch in Italien bereits bekannt. Es scheint, daß man in Italien gar den Ursprung des Taschentuches suchen muß. Noch im 16. Jahrhundert gebrauchte man für das Taschentuch in Deutschland die Bezeichnung „Faccolo", ein Wort, das aus dem Italienischen stammt und das sich allmählich in das deutsche „Fahzelin" oder „Fahzelein" verwandelte. Noch heutzutage gebrauchen Bauern in Teilen Bayerns und Oberösterreichs für das Taschentuch den Ausdruck „Fahzl". Im 16. Jahrhundert war das Taschentuch noch nicht Gebrauch der Allgemeinheit. Es wurde als Luxusgegenstand behandelt. Zunächst stellte man, als in Frankreich die höfischen Kreise zum Taschentuch griffen, das Tüchlein aus den feinsten, erlesensten Stoffen her, und besonders reich mit Spitzen. Dieses „mouchoir" — „Taschentuch" wurde zwar gebraucht, doch war es streng verpönt, das Wort auszusprechen. Sogar auf der Bühne hielt man es für unschicklich „mouchoir" „Taschentuch" zu sagen. Man verlieckte das so für mütterlich behandelte Taschentuch auch sorgsam und durfte es in öffentlich in Benutzung nehmen. Gerade gegenteilig wurde es als die Kaiserin Josefine dem Taschentuch den Weg zur Oeffentlichkeit bahnte. Die Kaiserin benutzte nämlich, um ihre häßlichen Zähne zu verdecken, ein überreich mit Spitzen verziertes Tüchlein, das sie beim Sprechen stets an die Lippen führte. Alle Damen griffen diese Mode auf und suchten sich an Kostbarkeit sichtbar getragenen Taschentüchern zu übertreffen. Mit der Bürgerlichung der Lebensverhältnisse im 19. Jahrhundert wurde dann auch das Taschentuch Allgemeingut, und der praktische Sinn des Deutschen machte aus dem Taschentuch erst das, was es eigentlich sein soll; das Nasentuch.

L. L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011171-17/fragment/page=0008